Hochschule

F

Über viele Jahrzehnte hinweg wurde in Deutschland kritisch gesehen, dass die Beteiligung an der Hochschulbildung im Vergleich zu anderen OECD-Staaten nur sehr langsam gestiegen ist. Dies wurde auch in den ersten Bildungsberichten so diskutiert. Seit einiger Zeit macht sich jedoch eine zunehmende Verschiebung im öffentlichen und bildungspolitischen Diskurs bemerkbar. Hintergrund ist, dass sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt verändert hat. Dadurch wird insbesondere bei der Gruppe der Studienberechtigten eine zunehmende Konkurrenz um Auszubildende und Studierende wahrgenommen.

Die 2000er-Jahre waren für das hochschulische Bildungssystem von tiefgreifenden Strukturveränderungen geprägt. Nur einige dieser Veränderungen waren politisch initiiert und intendiert. Zu nennen ist hier vor allem die Umstellung auf mehrstufige Studienstrukturen im Zuge der Bologna-Reformen und die damit verbundene Einführung der Bachelor- und Masterabschlüsse. Andere Veränderungen vollzogen sich hingegen zunächst eher unbemerkt und waren nicht politisch gesteuert. Hierzu zählt insbesondere die deutliche Privatisierung, die sich in den 2000er-Jahren in der deutschen Hochschullandschaft vollzogen hat. Hinzu kommt ein geradezu sprunghafter Anstieg in der Beteiligung an der Hochschulbildung, der die Kapazitäten des Systems innerhalb kürzester Zeit stark beansprucht hat. Von diesem Wachstum haben nicht alle Hochschulen gleichermaßen profitiert. Dadurch ergaben sich sektorale Verschiebungen innerhalb des hochschulischen Bildungssystems. So profitierten die Fachhochschulen stärker vom Akademisierungsschub der 2000er-Jahre als die Universitäten. Auch der private Hochschulsektor konnte überdurchschnittlich hohe Zuwächse verzeichnen.

In Kapitel **F** werden erneut Einblicke in die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Hochschulbildung gegeben. In **F1** steht zunächst das hochschulische Bildungsangebot im Mittelpunkt. **F2** legt den Fokus auf Schüler:innen, die die Schule mit der Hochschulreife verlassen, und ihren Übergang ins Studium. In **F3** wird die Entwicklung der Studierendenzahl und der Studien(fach)wahl näher beleuchtet. **F4** befasst sich mit Studienverläufen, also mit Fragen der Studiendauer, des Studienabbruchs und des Übergangs in ein Masterstudium. Abschließend setzt sich **F5** mit den Absolvent:innen und ihrem beruflichen Verbleib auseinander.

Vor dem Hintergrund des diesjährigen Schwerpunktthemas (vgl. **H**) liegt ein besonderer Fokus auf Fragen der sozialen Ungleichheit. Der Zugang zu hochschulischer Bildung ist in Deutschland nach wie vor sehr ungleich verteilt: Haben die Eltern studiert, nehmen 78 von 100 Kindern im Laufe ihres Lebens selbst ein Studium auf. Haben die Eltern nicht studiert, sind es hingegen nur 25 von 100 Kindern. Noch seltener ist die Studienaufnahme bei Kindern, deren Eltern keine Berufsausbildung abgeschlossen haben. Hier besuchen nur 8 von 100 eine Hochschule (Kracke et al., 2024). Anders als an früheren Gelenkstellen des deutschen Bildungssystems werden die sozialen Ungleichheiten beim Übergang ins Studium nur noch zu einem kleinen Teil über schulische Leistungsunterschiede vermittelt. Die ungleiche Studierwahrscheinlichkeit von Studienberechtigten ist vor allem auf Unterschiede in den Bildungsentscheidungen zurückzuführen. Dass sich hier mit besseren Informationen und individuellen Beratungsangeboten effektiv ansetzen lässt, zeigen wissenschaftliche Interventionsstudien aus 2 Bundesländern (**F2**).

Zuletzt im Bildungsbericht 2024 als F1

Hochschulisches Bildungsangebot

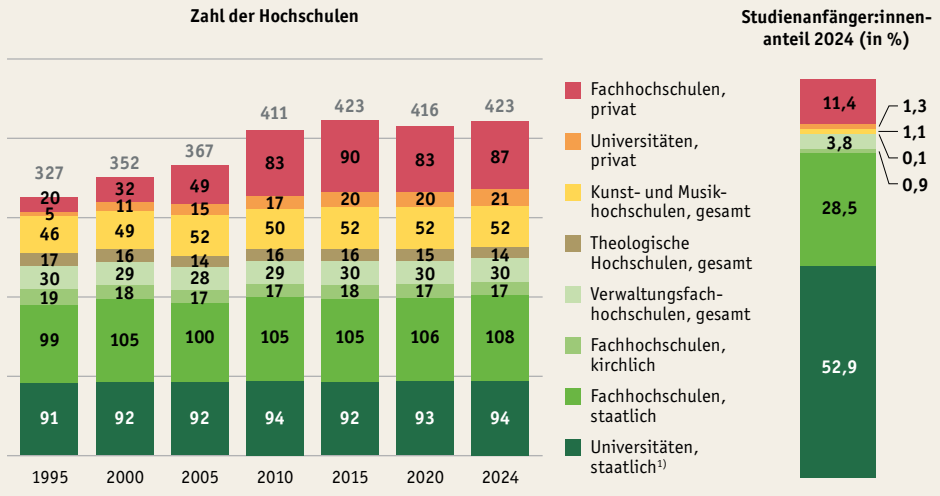
Das hochschulische Bildungsangebot ist heute sehr ausdifferenziert. Mehr als 420 Hochschulen bieten an über 650 Standorten mehr als 22.400 Studiengänge an. Auch die Formate, in denen studiert werden kann, sind vielfältig. Zwar dominiert weiterhin das klassische Vollzeitstudium in Präsenz, daneben werden aber auch immer mehr alternative Formen des Studierens angeboten. Neben dem Dualen Studium zählt hierzu insbesondere das Fernstudium, das sich als ortsunabhängiges Studienformat mit häufig weiterbildender Orientierung sehr gezielt an beruflich vorgebildete und berufstätige Studierende richtet. Auch das Teilzeitstudium ermöglicht einigen Studierenden – insbesondere Studierenden mit Kind (Kroher et al., 2023) – ein zeitlich flexibleres Studieren. Dabei fällt jedoch auf: Es sind häufig einzelne Hochschulen, die sich mit hoch spezialisierten Angeboten sehr gezielt an Studierende mit flexiblen Studienbedarfen richten.

Hochschullandschaft

Jede 4. Hochschule ist heute eine private Hochschule

Die Zahl der Hochschulen liegt weiter auf dem hohen Niveau der Vorjahre. Vorangegangen war eine Phase der Hochschulneugründungen in den späten 1990er- und frühen 2000er-Jahren. Innerhalb weniger Jahre erhöhte sich die Zahl der Hochschulen deutlich – von 327 im Jahr 1995 auf das heutige Niveau von rund 420. Hinzugekommen sind vor allem Hochschulen in privater Trägerschaft, die in Deutschland lange eine absolute Ausnahme waren. Heute sind sie ein fester Bestandteil der Hochschullandschaft und vor allem im Fachhochschulsektor aktiv (**Abb. F1-1**). Über eine institutionelle Akkreditierung durch den Wissenschaftsrat müssen private Hochschulen nachweisen, dass sie Lehre und Forschung nach anerkannten wissenschaftlichen Maßstäben erbringen und die von ihnen verliehenen Abschlüsse staatlich anerkannt werden können (Wissenschaftsrat, 2025).

Abb. F1-1: Zahl der Hochschulen nach Hochschulart und Trägerschaft 1995 bis 2024 und Anteil der Studienanfänger:innen 2024 (in %)



1) Einschließlich der Pädagogischen Hochschulen und der Hochschulen mit Universitätsstatus in kirchlicher Trägerschaft.
*Anmerkungen: Es werden nur Hochschulen berücksichtigt, in denen es im jeweiligen Jahr auch Studierende im 1. oder 2. Fachsemester gab. Anders als in **B1** werden Hochschulen mit mehreren Standorten nur einmal gezählt, um die Zahl der Hochschulen nicht künstlich nach oben zu verzerren.*
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik (D), Recherche in DZHW-ICE, eigene Berechnungen
→ Tab. F1-1web, Tab. F1-2web

Nach vielen Jahren des nahezu kontinuierlichen Anstiegs war der Anteil der Studienanfänger:innen an privaten Hochschulen zuletzt leicht rückläufig (**Tab. F1-2web**). Das bislang höchste Niveau wurde im Jahr 2021 erreicht. Damals entfielen 15,5 % aller Neueinschreibungen auf Hochschulen in privater Trägerschaft – aktuell sind es 12,9 % (Fachhochschulen: 25,8 %, Universitäten: 2,6 %). Dabei handelt es sich jedoch *nicht* um eine generelle Trendwende. Hinter dem Rückgang verbirgt sich vor allem die Internationale Hochschule (IU), die seit 2021 einen Einbruch der Studiennachfrage um 50 % zu verzeichnen hatte. Trotz dieses Einbruchs bleibt die IU mit rund 124.000 Studierenden[1] jedoch weiter die mit Abstand größte Hochschule in Deutschland. Noch im Jahr 2010 zählte sie gerade einmal 1.500 Studierende. Die nächstgrößere Hochschule ist mit rund 63.000 Studierenden die staatlich getragene Fernuniversität Hagen.

Jüngster Rückgang in der Nachfrage nach privaten Hochschulen vor allem durch die IU bedingt

Viele der in den 2000er-Jahren gegründeten privaten Hochschulen haben sehr gezielt auf die Bildungsbedarfe von Personengruppen reagiert, die in der Hochschulbildung Deutschlands traditionell unterrepräsentiert sind. Hierzu zählen insbesondere beruflich vorgebildete Studierende, die mit weiterbildender Orientierung studieren und parallel dazu weiter in ihrem erlernten Beruf tätig sind (Dahm et al., im Erscheinen). Das Hauptbetätigungsfeld privater Hochschulen sind nach wie vor die Wirtschaftswissenschaften. In den vergangenen Jahren hat sich der private Sektor jedoch weitere Ausbildungsbereiche erschlossen (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2022, 2024). So haben private Hochschulen sehr schnell auf den Akademisierungsbedarf in den Gesundheitsberufen reagiert und entsprechende Studienangebote geschaffen (Richter et al., 2022). Auch im Bereich Soziale Arbeit sind private Hochschulen sehr aktiv. Seit einiger Zeit ist zudem die Psychologie hinzugekommen. Hier wird die hohe Nachfrage schon seit Langem nicht (mehr) vom staatlichen Sektor gedeckt, weshalb die staatlichen Hochschulen bei der Vergabe ihrer Studienplätze mit sehr strikten Zulassungsbeschränkungen arbeiten. Insgesamt ist der private Hochschulsektor jedoch noch nicht gut erforscht. Auf viele steuerungsrelevante Fragen, die mit der Privatisierung einhergehen, gibt es deshalb noch keine belastbaren Antworten. Hierzu gehören Fragen zur Studienqualität ebenso wie zur Verwertbarkeit und Anschlussfähigkeit der Abschlüsse, die an privaten Hochschulen erworben werden. Gleiches gilt für Fragen zur Studienfinanzierung und zu einer möglichen Beteiligung durch Arbeitgeber:innen.

Private Hochschulen haben ihr Studienangebot weiter ausgebaut

Viele steuerungsrelevante Fragen über den privaten Hochschulsektor ungeklärt

Fachliche Ausrichtung und Studienformate

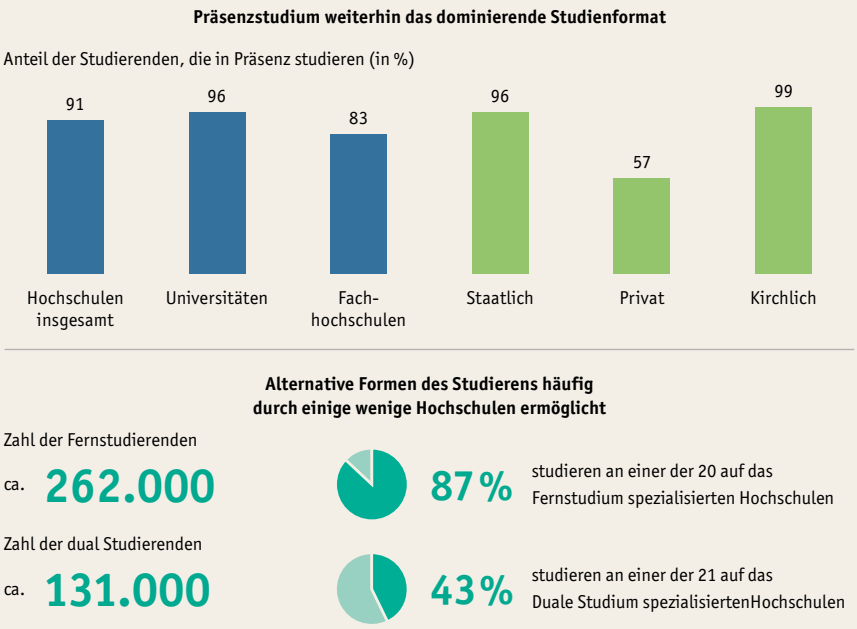
Von den über 110 Universitäten lassen sich 29 den sogenannten Volluniversitäten zurechnen, allesamt in staatlicher Trägerschaft (**Tab. F1-4web**). Ihr Studienangebot umfasst die Geistes-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ebenso wie die Rechts-, Ingenieur- und Naturwissenschaften sowie die Medizin. Bei jeder 3. Universität ist hingegen ein klarer fachlicher Schwerpunkt erkennbar, häufig entweder in den MINT-Fächern oder in den Wirtschaftswissenschaften (**Tab. F1-4web**). Von den 21 Universitäten in privater Trägerschaft sind fast alle – nämlich 19 – fachlich spezialisiert, keine jedoch in den MINT-Fächern. In diesen Fächern ist die Ausbildung für Hochschulen besonders ressourcen- und kostenintensiv, beispielsweise durch das Unterhalten von Laboren. Zumindest bislang scheint hier für private Hochschulen kein „ausreichender Markt" zu bestehen, der sich in Deutschland mit entsprechend hohen Studiengebühren abbilden lässt. Von den rund 215 Fachhochschulen ist mehr als die Hälfte fachlich spezialisiert, in der Regel auf eine der 3 für Fachhochschulen typischen Fachrichtungen: Wirtschaftswissenschaften, Ingenieurwissenschaften oder Sozialwesen

Jede 3. Universität ist fachlich spezialisiert …

… und mehr als jede 2. Fachhochschule

1 *Umgerechnet sind damit rund 80 % aller Studierenden in Thüringen an der IU eingeschrieben.*

Abb. F1-2: Bedeutung des Präsenz-, Fern- und Dualen Studiums 2024



Anmerkungen: Universitäten einschließlich der Pädagogischen Hochschulen. Hochschulen wurden dann als auf ein bestimmtes Studienformat spezialisiert gezählt, wenn mehr als die Hälfte ihrer Studierenden im Fern- oder Dualen Studium eingeschrieben war (bezogen auf das Jahr 2023).
Quelle: Statistischen Bundesamt, Statistik der Studierenden (Wintersemester 2024/25, Tab. 21311-11, https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00169584), eigene Berechnungen

(**Tab. F1-4web**). Auch hier zeigt sich, dass Fachhochschulen in privater Trägerschaft sehr viel häufiger fachlich spezialisiert sind als staatliche Fachhochschulen, meistens in den Wirtschaftswissenschaften.

Fernstudium wird vor allem von einigen wenigen Hochschulen ermöglicht

Einige Hochschulen haben auch über die angebotenen Studienformate – also die Frage, *wie* studiert werden kann – eine sehr gezielte Profilbildung vorgenommen. Die meisten Studierenden – nämlich 91 % – studieren zwar weiterhin im klassischen Präsenzstudium (**Abb. F1-2**). Es gibt jedoch einige Hochschulen, die sich auf alternative Formen des Studierens spezialisiert haben. Von den über 420 Hochschulen lassen 20 eine Ausrichtung auf das Fernstudium erkennen (**Tab. F1-6web**). Neben der staatlichen Fernuniversität Hagen handelt es sich dabei ausschließlich um Fachhochschulen, nahezu ausnahmslos in privater Trägerschaft. Aktuell gibt es in Deutschland rund 262.000 Fernstudierende. Als ortsunabhängiges und besonders flexibles Studienformat richtet sich das Fernstudium sehr gezielt an beruflich vorqualifizierte und berufstätige Studierende. Das Fernstudium ist jedoch kein in der Breite der Hochschullandschaft etabliertes Studienformat. Vielmehr wird es von einigen wenigen Hochschulen ermöglicht. 87 % der Fernstudierenden sind nämlich an einer der 20 Hochschulen eingeschrieben, die sich auf diese Form des Studierens spezialisiert haben (**Abb. F1-2**).

Duales Studium bereits weiter in der Hochschullandschaft etabliert

Beim Dualen Studium steht der Erwerb hybrider Qualifikationsprofile im Mittelpunkt. Dazu wird das Studium an einer Hochschule mit festen Bildungs- und Praxisphasen in Unternehmen verbunden. Derzeit gibt es in Deutschland rund 131.000 dual Studierende. Die fachlichen Schwerpunkte liegen dabei klar auf den Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften, in geringerem Umfang auch auf dem Sozialwesen und auf den Gesundheitswissenschaften. Von den über 420 Hochschulen lassen 21 eine Spezialisierung auf das Duale Studium erkennen – darunter 19 Fachhochschulen und 2 Verwaltungshochschulen, die meisten von ihnen erneut in privater Trägerschaft

(**Tab. F1-6web**). Mit mehr als 33.000 Studierenden ist die staatlich getragene Duale Hochschule Baden-Württemberg mit Abstand die größte unter ihnen; die nächstgrößere zählt knapp 6.100 Studierende. Anders als das Fernstudium ist das Duale Studium jedoch bereits in einem größeren Teil der Hochschullandschaft etabliert. Zwar konzentrieren sich auch hier 43 % der Studierenden auf die 21 Hochschulen, die auf diese Form des Studierens spezialisiert sind. Die Konzentration fällt jedoch weit niedriger aus als beim Fernstudium (**Abb. F1-2**).

3 unterschiedliche Modelle im Dualen Studium ...

Im Dualen Studium gibt es verschiedene Studienmodelle: Beim *ausbildungsintegrierenden* Modell wird parallel zum Studium eine berufliche Ausbildung absolviert; das *praxisintegrierende* Modell kombiniert das Studium hingegen lediglich mit festen Praxisphasen in Unternehmen. Mit der *studienintegrierenden Ausbildung* gibt es inzwischen noch eine dritte Variante. Hier sind duale Berufsausbildungen curricular eng mit der Hochschulbildung verzahnt (Euler et al., 2025). Nach einer gemeinsamen Grundphase können sich die Auszubildenden für eine der 3 Optionen entscheiden: Entweder schließen sie ihre berufliche Ausbildung ab *oder* sie studieren weiter und erwerben den Bachelorabschluss *oder* sie entscheiden sich für einen Doppelabschluss. Das praxisintegrierende Modell dominiert bislang klar (Nickel et al., 2022). Anders als die beiden anderen Modelle unterliegt es jedoch *nicht* dem Berufsbildungsgesetz (Hofmann et al., 2025; DGB, 2017), das in Deutschland die Vergleichbarkeit und Standardisierung beruflicher Ausbildungsinhalte und -abschlüsse regelt.

... nicht alle unterliegen dem Berufsbildungsgesetz

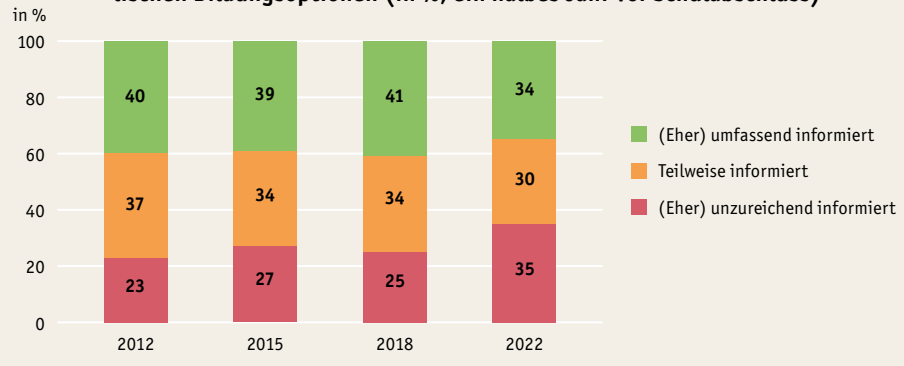
Studiengangsangebot und seine Zugänglichkeit

Erneuter Anstieg bei der Zahl der Studiengänge

Über die Akkreditierung von Studiengängen und hochschulinternen Systemen der Qualitätssicherung entscheidet die Stiftung Akkreditierungsrat. Sie ist eine gemeinsame Einrichtung der 16 Länder und arbeitet hierfür mit zugelassenen Akkreditierungsagenturen zusammen. In Deutschland gibt es inzwischen mehr als 22.400 Studiengänge (**Tab. F1-7web**). Davon sind etwas mehr als 10.200 Bachelorstudiengänge, circa 10.500 Masterstudiengänge und rund 1.700 sonstige Studiengänge, in der Regel mit dem Abschlussziel Staatsexamen (**Tab. F1-7web**). Im Zuge der Umstellung auf konsekutive Studienstrukturen und der damit verbundenen Einführung der Bachelor- und Masterabschlüsse hat sich die Zahl der Studiengänge nahezu verdoppelt. Doch auch darüber hinaus hält das Wachstum in der Zahl der Studiengänge an (**Tab. F1-7web**). Dem immer größer werdenden und zunehmend ausdifferenzierten Studienangebot steht eine wachsende Zahl von Studienberechtigten gegenüber, die sich über ihre nachschulischen Bildungsoptionen nicht ausreichend informiert fühlen

Immer mehr Studienberechtigte sind von der Vielzahl an Möglichkeiten überfordert

Abb. F1-3: Wahrgenommene Informiertheit von Studienberechtigten über ihre nachschulischen Bildungsoptionen (in %, ein halbes Jahr vor Schulabschluss)



Anmerkung: Abweichungen von 100 % bedingt durch Rundungen.
Quelle: Ohlendorf et al. (2025), Analysen auf Basis der Daten des Student Life Cycle Panels (Studienberechtigtenkohorten 2012, 2015, 2018, 2022)

(**Abb. F1-3**). Die nur schwer überschaubare Vielzahl an Möglichkeiten ist zusammen mit Unklarheiten über die eigenen Interessen der Hauptgrund für die zunehmende Überforderung der Studienberechtigten (Ohlendorf et al., 2025).

Lokale Zulassungsbeschränkungen: Studienangebot nicht überall gleich leicht zugänglich

Rund jeder 3. Studiengang kann nur mit Zulassung studiert werden, und zwar sowohl im grundständigen als auch im weiterführenden Studium (**Tab. F1-8web**). Meistens handelt es sich um lokale Zulassungsbeschränkungen – nur in der Medizin, Pharmazie, Tiermedizin und Zahnmedizin gilt weiterhin eine bundesweite Zulassungsbeschränkung. Hochschulen nutzen lokale Zulassungsbeschränkungen in der Regel dazu, um eine (zu) hohe Studiennachfrage zu regulieren. An besonders beliebten Studienstandorten ist das hochschulische Bildungsangebot deshalb deutlich häufiger zulassungsbeschränkt als andernorts (**Tab. F1-9web**, **Tab. F1-10web**, **Tab. F1-11web**). Stark nachgefragte Studiengänge – beispielsweise in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften – sind daher nicht überall gleich leicht zugänglich (**Tab. F1-11web**; Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung 2024, F1).

Studierende an privaten Hochschulen zahlen im Schnitt 4.600 Euro pro Jahr

Private Hochschulen arbeiten eher selten mit Zulassungsbeschränkungen. Dafür ist das Studium dort jedoch auch mit zusätzlichen Kosten verbunden. Im Schnitt zahlen Studierende an privaten Hochschulen etwa 4.600 Euro im Jahr (**Tab. F1-12web**). An privaten Fachhochschulen sind es durchschnittlich 4.200 Euro, an privaten Universitäten knapp 9.100 Euro. Für MBA-Studiengänge an privaten Business Schools können sogar Kosten von mehr als 20.000 Euro pro Jahr anfallen. Bislang liegen keine belastbaren Erkenntnisse darüber vor, ob die Studierenden diese Kosten immer vollständig selbst tragen oder ob beispielsweise bei berufstätigen Studierenden auch die Arbeitgebenden einen Teil der Kosten übernehmen. Für Studierende an öffentlichen Hochschulen sind die Wohnkosten der mit Abstand größte Ausgabenposten (Kroher et al., 2023). Vor allem für Kinder aus einkommensschwächeren Familien kann dies eine Hürde beim Zugang zum hochschulischen Bildungsangebot darstellen, insbesondere in Zeiten, in denen die Mieten an vielen Studienstandorten immer weiter steigen (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 2025; Moses Mendelsohn Institut, 2026; Voigtländer et al., 2025). Es ist wissenschaftlich gut belegt, dass die Kosten, die mit einem Studium entstehen, immer noch ein entscheidender Grund dafür sind, dass Studienberechtigte aus einkommensschwächeren Familien seltener studieren als andere Studienberechtigte (vgl. z. B. Quast et al., 2023; Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2022, F2).

Steigende Mieten als zunehmende Belastung an vielen Studienstandorten

Studienberechtigte und Übergang ins Studium

Zuletzt im Bildungsbericht 2024 als F2

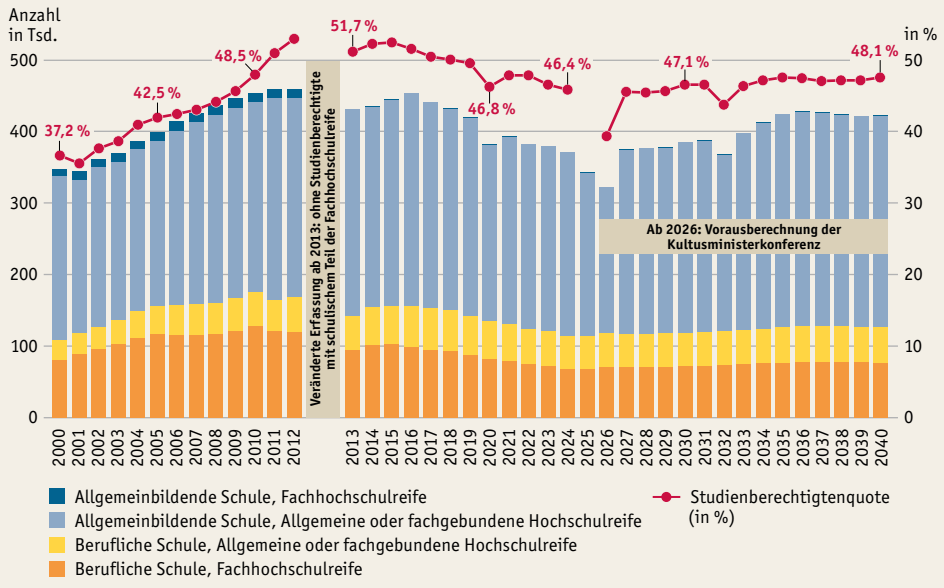
Die meisten Studierenden in Deutschland qualifizieren sich nach wie vor auf schulischem Weg für ihr Studium. Das heißt, sie haben zuvor an einer Schule die Hochschulreife erlangt. Die Wege, über die Studienberechtigte ihre Hochschulreife erwerben, sind sehr vielfältig. Neben dem „traditionellen" Gymnasialweg des allgemeinbildenden Schulsystems ermöglichen insbesondere die beruflichen Schulen ebenfalls den Erwerb der Hochschulreife (vgl. **D2**). Vor allem für Kinder aus weniger privilegierten Herkunftslagen sind diese zusätzlichen Möglichkeiten zum Erwerb der Hochschulreife besonders wichtig. Ob Studienberechtigte ein Studium aufnehmen, hängt jedoch weiterhin stark von ihrer sozialen Herkunft G ab. Anders als bei vorgelagerten Bildungsübergängen hat dies nur noch wenig mit schulischen Leistungsunterschieden zu tun. Vielmehr werden nachschulische Bildungsentscheidungen abhängig von der sozialen Herkunft sehr unterschiedlich getroffen, unter anderem aufgrund von Informationsdefiziten über die Möglichkeiten, die ein Studium bietet.

Zahl der Studienberechtigten und Studienberechtigtenquote

Fast jede:r 2. erlangt inzwischen die Hochschulreife

2025 haben etwa 340.000 Schüler:innen die Schule mit der Hochschulreife verlassen (**Abb. F2-1**). Inzwischen erlangt fast jede:r 2. junge Erwachsene die Hochschulreife – im Jahr 2000 war es nur etwas mehr als jede:r 3. Die meisten Studienberechtigten – nämlich 8 von 10 – verlassen die Schule mit der Allgemeinen Hochschulreife, also dem Abitur. Meistens haben sie dazu eine allgemeinbildende Schule besucht, in der Regel ein Gymnasium (**Tab. D8-5web, Tab. F2-2web**). Neben der Allgemeinen Hochschulreife gibt es noch die fachgebundene Hochschulreife. Diese ist allerdings so selten, dass sie in der amtlichen Statistik nicht gesondert ausgewiesen wird. Jede:r 5. Studien-

Abb. F2-1: Zahl der Studienberechtigten und Studienberechtigtenquote M 2000 bis 2025 sowie Vorausberechnungen der Kultusministerkonferenz bis 2040



Anmerkungen: Ab 2013 veränderte Erfassung von Studienberechtigten in der amtlichen Statistik. Seither werden Studienberechtigte, die ausschließlich den schulischen Teil der Fachhochschulreife erworben haben, nicht mehr als Studienberechtigte gezählt. Für 2025 vorläufige Werte. Der vorläufige Wert für die Studienberechtigtenquote 2025 liegt noch nicht vor.
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik D; Vorausberechnungen der Kultusministerkonferenz (Statistische Veröffentlichungen Nr. 246, November 2025)
→ Tab. F2-1web, Tab. F2-2web

F 2

berechtigte schließt die Schule außerdem mit der Fachhochschulreife ab. Nahezu ausnahmslos wurde dazu eine berufliche Schule besucht (**Abb. F2-1**).

Fluktuation in der Studienberechtigtenzahl vor allem demografisch bedingt

Die in **Abb. F2-1** erkennbaren Fluktuationen in der Zahl der Studienberechtigten sind hauptsächlich auf demografische Schwankungen – also auf geburtenstärkere und geburtenschwächere Jahrgänge – zurückzuführen. Die Einbrüche in den Jahren 2020, 2025 und 2026 sind hingegen länderbezogene Einmaleffekte, bedingt durch die Rückkehr von 4 Ländern zum G9-Gymnasium (Niedersachsen: 2020, Bayern: 2025, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein: beide 2026 – 2032 folgt Baden-Württemberg; **Tab. D1-4web**). Aktuell geht die Kultusministerkonferenz davon aus, dass die Zahl der Studienberechtigten in den nächsten Jahren wieder ansteigen wird – vor allem aufgrund kurzfristig wieder größer werdender Geburtsjahrgänge.

Übergang ins Studium

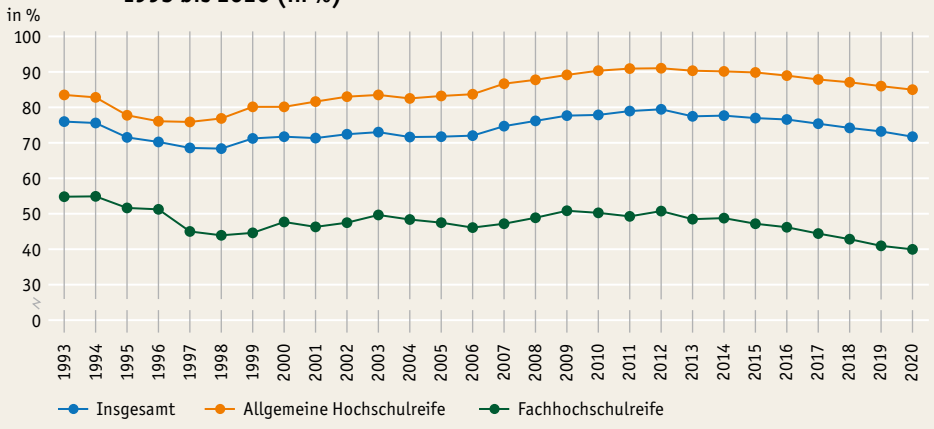
Übergangsquote ins Studium inzwischen leicht rückläufig

Die meisten Schüler:innen, die die Schule mit der Hochschulreife verlassen, nutzen ihre schulische Berechtigung auch für die Aufnahme eines Studiums. Da der Übergang ins Studium nicht immer unmittelbar nach Abschluss der Schule erfolgt, sondern teilweise zeitlich verzögert, wird die Übergangsquote in den jüngsten in **Abb. F2-2** dargestellten Jahren noch unterschätzt. Dennoch lässt sich festhalten, dass die Übergangsquote ins Studium – ähnlich wie die Studienberechtigtenquote – seit einigen Jahren leicht rückläufig ist. Sie bewegt sich jedoch weiterhin auf einem hohen Niveau. Die höchste Übergangsquote haben Studienberechtigte mit Allgemeiner Hochschulreife. Von ihnen nehmen bis zu 90 % ein Studium auf.

Sozial ungleicher Übergang ins Studium: Leistungsunterschiede spielen nur eine geringe Rolle

Frauen erlangen inzwischen zwar häufiger die Hochschulreife, entscheiden sich jedoch immer noch seltener für ein Studium (**Tab. F2-3web**). Studienberechtigte mit eigenen oder familialen Wurzeln außerhalb Deutschlands studieren hingegen überdurchschnittlich häufig (Kristen, 2008; Mentges, 2024). Die Forschung erklärt dies unter anderem damit, dass mit einem möglichst hohen Bildungsniveau versucht wird, potenziellen späteren Benachteiligungen am Arbeitsmarkt vorzubeugen (Tjaden & Hunkler, 2017; Heath & Brinbaum, 2007; Klein & Neugebauer, 2023). Ob Studienberechtigte ein Studium aufnehmen, hängt nach wie vor stark von ihrer sozialen

Abb. F2-2: Übergangsquote ins Studium von Schulabsolvent:innen mit Hochschulreife 1993 bis 2020 (in %)



Anmerkungen: Da Studienberechtigte teilweise erst mit einigen Jahren Verzögerung ins Studium eintreten – beispielsweise weil sie sich zunächst für eine berufliche Ausbildung entscheiden –, wird die Übergangsquote nur bis 2020 ausgewiesen. Die Übergangsquote wird für den gesamten Zeitraum nach dem bis 2012 geltenden Verfahren berechnet. Seit 2013 werden Studienberechtigte, die ausschließlich den schulischen Teil der Fachhochschulreife erworben haben, in der amtlichen Statistik nicht mehr als Studienberechtigte gezählt, ihre Übergänge ins Studium werden jedoch berücksichtigt. Dies führt dazu, dass die Übergangsquote der Studienberechtigten mit Fachhochschulreife künstlich nach oben verzerrt wird.
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik Ⓓ → Tab. F2-3web

Herkunft ab. Es ist inzwischen gut belegt, dass dies nur wenig damit zu tun hat, dass sich die schulischen Leistungen der Studienberechtigten abhängig von ihrer sozialen Herkunft unterscheiden (z.B. Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2022, F2). Vielmehr werden Bildungsentscheidungen je nach sozialer Herkunft sehr unterschiedlich getroffen (Daniel et al., 2018; Lörz, 2012). Quast et al. (2023) konnten beispielsweise zeigen, dass Studienberechtigte aus weniger privilegierten Herkunftslagen unter anderem deshalb seltener studieren, weil es für sie und ihre Familien schwieriger ist, die mit einem Studium entstehenden Kosten zu tragen. Selbst bei gleich guten Schulleistungen sind sie außerdem weniger davon überzeugt, in einem Studium erfolgreich bestehen zu können. Auch die Einschätzung darüber, ob sich ein Studium später für sie „auszahlt", fällt je nach sozialer Herkunft sehr unterschiedlich aus. Die Forschung hat zudem gezeigt, dass insbesondere Studienberechtigte aus Akademiker:innenfamilien bei eher mäßigen Schulleistungen studieren (Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2020, F2). Studienberechtigte aus nichtstudierten Elternhäusern studieren hingegen vor allem bei besonders guten schulischen Leistungen.

Durch bessere Informationen und Beratungsangebote lassen sich Ungleichheiten reduzieren

In 2 regionalen Interventionsstudien konnte gezeigt werden, dass sich soziale Ungleichheiten beim Übergang ins Studium nachhaltig reduzieren lassen. In der Berliner „Best Up"-Studie mit Schüler:innen der gymnasialen Oberstufe reichte ein nur 20-minütiger Informationsworkshop zum Thema Studium aus, um die Studierwahrscheinlichkeit von Schüler:innen aus Nichtakademiker:innenfamilien um bis zu 15 Prozentpunkte zu erhöhen (Ehlert et al., 2017; Peter et al., 2018, 2021). Auch die „ZuBAb"-Studie aus Nordrhein-Westfalen erzielte eindrückliche Effekte. Hier konnten Schüler:innen der gymnasialen Oberstufe individuelle Beratungsangebote zu ihren nachschulischen Bildungsoptionen in Anspruch nehmen. Dadurch ließen sich die Unterschiede in der Studierwahrscheinlichkeit von Kindern aus Akademiker:innen- und Nichtakademiker:innenfamilien von 21 auf nur noch 6 Prozentpunkte reduzieren (Erdmann et al., 2022).

Fehlende Transparenz hält Studierende davon ab, BAföG in Anspruch zu nehmen …

Außerdem weisen 2 im Jahr 2025 erschienene Studien darauf hin, dass die Regelungen des BAföG – des wohl zentralsten bildungspolitischen Instruments, um das Studieren unabhängig(er) von den finanziellen Möglichkeiten der Familien zu machen – nicht ausreichend transparent sind. In einer Untersuchung von Riedmiller und Strobl (2025) bezogen bis zu 70 % der Studierenden kein BAföG, obwohl sie eigentlich einen Anspruch gehabt hätten. Hauptgrund war, dass sie fälschlicherweise glaubten, kein BAföG beziehen zu können – insbesondere weil sie annahmen, dass das Einkommen ihrer Eltern zu hoch sei. Und selbst von den Studierenden, die ihre BAföG-Berechtigung richtig einschätzten, nahmen viele keine Leistungen in Anspruch – hauptsächlich aus Angst vor Schulden und aufgrund der Komplexität des Antragsverfahrens. Vielen waren auch die Rückzahlungsbedingungen nicht ausreichend klar, etwa dass der maximal zurückzuzahlende Betrag gedeckelt ist. In einer Folgeuntersuchung zeigte Riedmiller (2025), dass auch hier bereits wenige gut aufbereitete Informationen ausreichen, damit mehr anspruchsberechtigte Studierende BAföG beantragen.

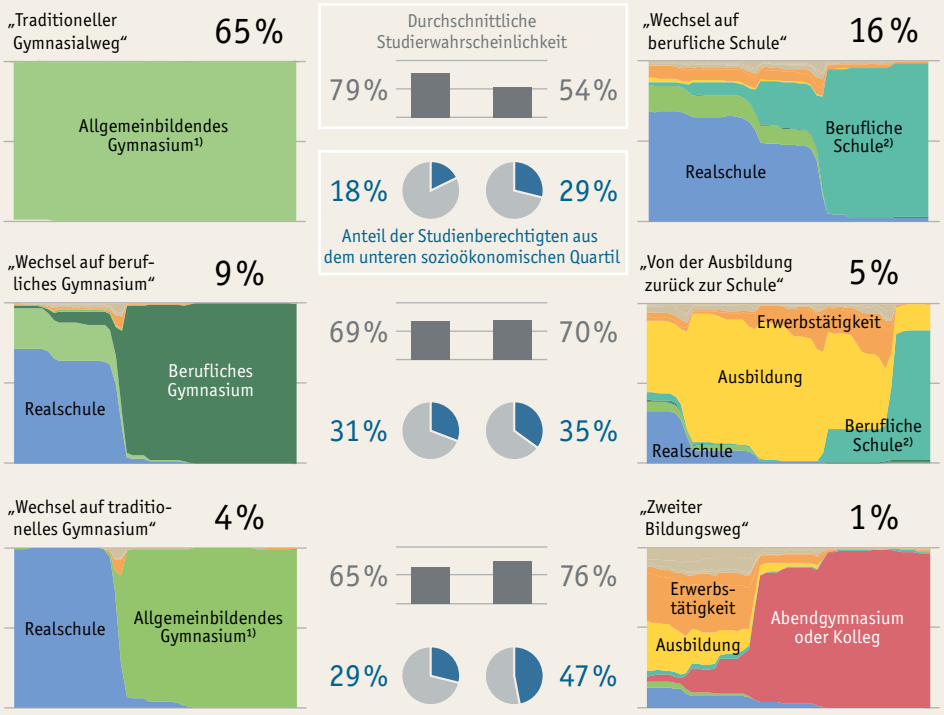
… auch hier können besser aufbereitete Informationen helfen

Wege zur Hochschulreife – Wege ins Studium?

Jede 3. Hochschulreife wird nicht über den „traditionellen" Gymnasialweg erlangt

Auch durch die Eröffnung weiterer Zugangswege zur Hochschulreife soll Kindern aus weniger privilegierten Herkunftslagen eine bessere Teilhabe an der Hochschulbildung ermöglicht werden. Aus Längsschnittstudien ist inzwischen bekannt, dass die Wege, auf denen Studienberechtigte ihre Hochschulreife erlangen, in der empirischen Realität sehr vielfältig sind (Quast et al., 2025; Spangenberg & Quast, 2023). Die meisten – nämlich 2 von 3 – erwerben ihre Studienberechtigung zwar weiterhin auf dem „traditionellen" Gymnasialweg des allgemeinbildenden Schulsystems (**Abb. F2-3**,

Abb. F2-3: Wege zur Hochschulreife, Wahrscheinlichkeit einer Studienaufnahme und soziale Herkunft von Studienberechtigten (in % und Sequenzstatusplots)



1) Inklusive Gymnasialzweig einer Gesamtschule.
2) Unter „Berufliche Schule“ fassen Quast et al. (2025) Fachoberschulen, Berufsoberschulen, Fachschulen und Berufsfachschulen zusammen. Berufliche Gymnasien, die ebenfalls berufliche Schulen sind, wurden in einer eigenen Kategorie erfasst. Die Studie von Quast et al. (2025) hat gezeigt, dass sich Studienberechtigte aus beruflichen Gymnasien deutlich von Studienberechtigten aus anderen beruflichen Schulen unterscheiden.
Lesebeispiel: 65 % der Studienberechtigten erlangen ihre Hochschulreife über den „traditionellen“ Gymnasialweg und haben in den 4 Jahren vor Erwerb der Hochschulreife durchgängig ein allgemeinbildendes Gymnasium besucht (in einigen Fällen auch den Gymnasialzweig einer Gesamtschule). Von ihnen stammen nur 18 % aus Familien des unteren Viertels der sozioökonomischen Verteilung. Im Schnitt nehmen 79 % dieser Studienberechtigten ein Studium auf.
Quelle: Quast et al. (2025); Sequenzanalysen auf Basis des Student Life Cycle Panels (Studienberechtigtenkohorte 2018), Sequenzstatusplots beginnend 51 Monate vor Abschluss der Schule

links oben). Daneben gibt es aber noch verschiedene weitere Wege, die von Studienberechtigten für den Erwerb der Hochschulreife genutzt werden. Insbesondere den beruflichen Schulen kommt hier eine große Bedeutung zu. Neben dem beruflichen Gymnasium – in einigen Ländern auch Fachgymnasium genannt – können hierfür auch Fachoberschulen, Berufsoberschulen, Fachschulen oder Berufsfachschulen besucht werden (Quast et al., 2025; Spangenberg & Quast, 2023). Zusätzlich ermöglichen auch die Abendgymnasien und Kollegs als Einrichtungen des Zweiten Bildungswegs den Erwerb der Hochschulreife. Im Vergleich zu den beruflichen Schulen ist ihre quantitative Bedeutung jedoch eher gering (**Abb. F2-3**, rechts unten).

Berufliche Schulen, Abendgymnasien und Kollegs leisten wichtigen Beitrag zur Öffnung des deutschen Bildungssystems

Die soziale Herkunft der Studienberechtigten variiert deutlich, je nachdem, auf welchem Weg sie ihre Hochschulreife erlangen (Quast et al., 2025). Die größte soziale Selektivität zeigt sich im „traditionellen“ Gymnasialweg (**Abb. F2-3**, links oben). Hier haben Studienberechtigte in den 4 Jahren vor Abschluss der Schule durchgängig ein allgemeinbildendes Gymnasium besucht (in manchen Fällen auch eine Gesamtschule[2]). Nur 18 % stammen aus einem Elternhaus, das sich dem untersten Viertel der sozioökonomischen Verteilung zurechnen lässt. In allen anderen Wegen zur Hoch-

2 *Beim Erwerb der Hochschulreife ist die Bedeutung der Gesamtschulen nach wie vor gering (**Tab. D8-5web**). Deshalb haben Quast et al. (2025) sie in ihrer Untersuchung mit den allgemeinbildenden Gymnasien zusammengefasst.*

schulreife ist ihr Anteil deutlich höher (**Abb. F2-3**). In den meisten Fällen liegt er bei etwa 30 %, in der quantitativ sehr kleinen Gruppe derer, die ein Abendgymnasium oder Kolleg besucht haben, sogar bei fast 50 %. Die beruflichen Schulen, Abendgymnasien und Kollegs leisten deshalb einen wichtigen Beitrag zur sozialen Öffnung des deutschen Bildungssystems.

Ob Studienberechtigte anschließend ein Studium aufnehmen, unterscheidet sich allerdings deutlich je nachdem, auf welchem Weg sie ihre Hochschulreife erlangt haben (Quast et al., 2025). Im „traditionellen" Gymnasialweg liegt die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit einer Studienaufnahme bei fast 80 % (**Abb. F2-3**, links oben). Studienberechtigte, die ihre Hochschulreife auf anderen Wegen erlangen, studieren im Vergleich dazu meistens deutlich seltener. Insbesondere Studienberechtigte des Verlaufstyps „Wechsel auf berufliche Schule", der mit 16 % der quantitativ nächstgrößere Weg zur Hochschulreife ist, haben eine niedrigere Studierwahrscheinlichkeit (**Abb. F2-3**, rechts oben). Von ihnen nehmen 54 % ein Studium auf. Das ist eine um 25 Prozentpunkte geringere Studierwahrscheinlichkeit als bei Studienberechtigten des „traditionellen" Gymnasialwegs.

Weiterführende Dekompositionsanalysen zeigen, dass sich die geringere Studierwahrscheinlichkeit nur zu einem eher kleinen Teil damit erklären lässt, dass diese Studienberechtigten häufiger aus weniger privilegierten Herkunftslagen stammen. Darauf ließen sich lediglich 2 bis 9 % der geringeren Studierneigung zurückführen (Quast et al., 2025). Schulische Leistungsunterschiede erklärten zwischen 8 und 22 %. Mit Abstand den größten Erklärungsbeitrag leisteten Unterschiede in den wahrgenommenen Kosten, Erträgen und Erfolgswahrscheinlichkeiten eines Studiums sowie die unterschiedlichen Bildungsaspirationen der Eltern und Freund:innen. Sie erklärten zwischen 53 und 72 % der geringeren Studierwahrscheinlichkeit. Dennoch sollte die soziale Öffnungsleistung dieser weiteren Wege zur Hochschulreife nicht unterschätzt werden. Denn selbst wenn diese Studienberechtigten seltener studieren, dürften sich ihre Chancen auf dem beruflichen Ausbildungsmarkt durch den Erwerb der Hochschulreife dennoch deutlich verbessern (vgl. **E1**).

Methodische Erläuterungen

Studienberechtigtenquote
Die Studienberechtigtenquote gibt den Anteil der Personen eines Altersjahrgangs an, die die Schule mit einer Hochschulreife verlassen haben. Dazu wird die Zahl der Schüler:innen mit Hochschulreife zur altersgleichen Bevölkerung ins Verhältnis gesetzt.

Zuletzt im Bildungsbericht 2024 als F3

Studierendenzahl und Studien(fach)wahl

Die Hochschulbildung hat in den 2000er-Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Heute nimmt das Hochschulsystem pro Jahr rund 200.000 Studienanfänger:innen mehr auf als noch vor der Jahrtausendwende. Einige Hochschulen haben von der gestiegenen Studiennachfrage stärker profitiert als andere. Insbesondere der Fachhochschulsektor konnte deutliche Zuwächse verzeichnen, aber auch private Hochschulen haben überdurchschnittlich stark profitiert (**F1**). Ab 2011 stagnierten die Zahlen allerdings erneut – die inländische Studiennachfrage war sogar eher rückläufig. Insbesondere der universitäre Sektor hätte ohne die anhaltend hohe Studiennachfrage aus dem Ausland sogar deutliche Rückgänge zu verzeichnen gehabt. Dieser Trend hat sich im Vergleich zum letzten Bildungsbericht jedoch nicht weiter fortgesetzt.

Entwicklung der Studiennachfrage und Studierendenzahl

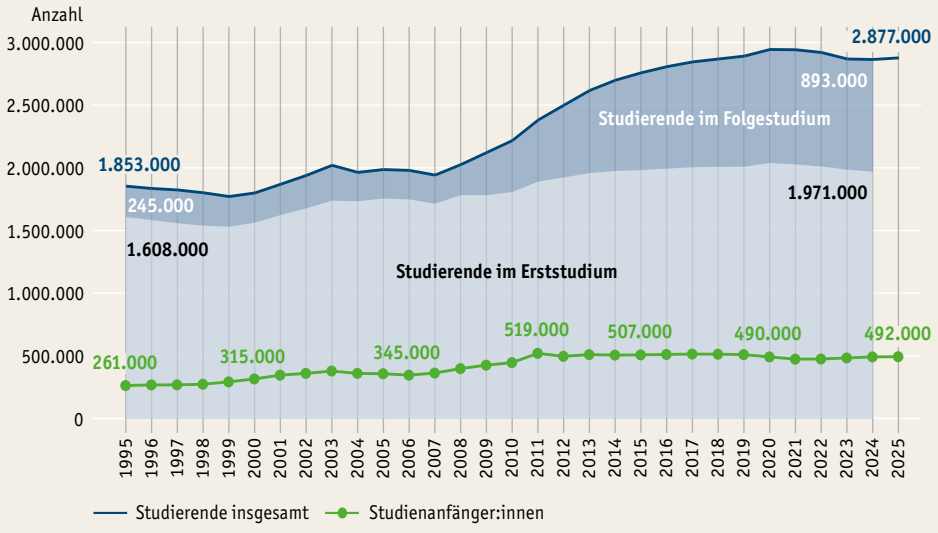
Mehr als 4 von 10 jungen Erwachsenen studieren heute

Aktuell liegt die Zahl der Studienanfänger:innen knapp unterhalb der Marke von einer halben Million (**Abb. F3-1**). Der bisherige Höchststand wurde im Jahr 2011 erreicht. Damals gab es fast 520.000 Neueinschreibungen ins Studium – eine Steigerung um mehr als 60 % im Vergleich zu 2000 (**Tab. F3-2web**). In ihrer aktuellen Vorausberechnung geht die Kultusministerkonferenz davon aus, dass die Zahl der Studienanfänger:innen in den kommenden Jahren wieder ansteigen wird. Sie rechnet sogar damit, dass der bisherige Höchststand aus dem Jahr 2011 überschritten wird. Hauptgrund für den erwarteten Wiederanstieg sind kurzfristig wieder größer werdende Jahrgänge von Schulabsolvent:innen (**F2**). Die Studienanfänger:innenquote[M] liegt derzeit bei rund 43 % – mehr als 4 von 10 jungen Erwachsenen nehmen also inzwischen ein Studium auf (**Tab. F3-2web**). Im Jahr 2000 studierte nicht einmal jede:r 3.

Anstieg der Studierendenzahl hauptsächlich durch längeren Verbleib im Hochschulsystem

Seit gut 10 Jahren liegt die Zahl der Studierenden bei rund 2,9 Millionen. Mitte der 2000er-Jahre war es noch knapp eine Million weniger (**Abb. F3-1**). Die Umstellung auf konsekutive Studienstrukturen hat zu einem deutlichen Anstieg der Studierendenzahlen geführt. Seither verbleiben Studierende nämlich länger im hochschuli-

Abb. F3-1: Zahl der Studienanfänger:innen und Studierenden 1995 bis 2025



Anmerkungen: Studienanfänger:innen im 1. Hochschulsemester. Für 2025 vorläufige Werte. Vorläufige Werte zur Unterscheidung von Studierenden im Erst- und Folgestudium liegen noch nicht vor.
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik[D]

→ *Tab. F3-1web, Tab. F3-6web*

schen Bildungssystem. Insbesondere an Universitäten hat sich der Bachelor nach wie vor nicht als neuer Regelabschluss durchgesetzt. Die meisten Studierenden schließen an ihren Bachelor ein Folgestudium an und treten erst mit dem Masterabschluss in den Arbeitsmarkt ein (**F4**, **F5**). Auch der seit vielen Jahren sowohl im Bachelor- als auch Masterstudium zu beobachtende Trend zu immer längeren Studienzeiten hat zum Anstieg der Studierendenzahlen beigetragen (**F4**).

Studiennachfrage aus dem Ausland weiterhin hoch

Die Studiennachfrage aus dem Ausland ist nach wie vor hoch. Derzeit studieren rund 400.000 internationale Studierende[M] in Deutschland (**Tab. F3-1web**), davon etwa zwei Drittel an Universitäten und ein Drittel an Fachhochschulen (Netz et al., 2025). Nach den USA und Großbritannien ist Deutschland heute eines der beliebtesten Zielländer für ein Auslandsstudium. Die Studierenden kommen aus der ganzen Welt nach Deutschland. Die meisten stammen aus Asien oder der Pazifikregion (33 %), gefolgt von Nordafrika und Nahost (19 %), Westeuropa (15 %) sowie Mittel- und Südosteuropa (13 %). 8 % stammen aus sonstigen Teilen Osteuropas oder Zentralasien, jeweils 5 % aus Subsahara-Afrika oder Lateinamerika, 2 % aus Nordamerika. Aufgeschlüsselt nach Ländern kommen die meisten internationalen Studierenden heute aus Indien oder China (14 bzw. 10 %).

Internationale Studierende als wichtiges Fachkräftepotenzial

Während Studierende aus Westeuropa und Nordamerika meist nur für einen temporären Gastaufenthalt nach Deutschland kommen, planen Studierende aus anderen Regionen der Welt häufig auch einen Studienabschluss in Deutschland mit dem Ziel, anschließend im Land zu bleiben und zu arbeiten (Völk et al., 2026; Weißmann & Eberle, 2023). Viele internationale Studierende studieren ein MINT-Fach (**F5**). Sie werden also in Bereichen ausgebildet, in denen die Nachfrage nach akademisch qualifizierten Fachkräften besonders hoch ist (Anger et al., 2025a). Die Zuwanderung über die Hochschulen kann daher einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Fachkräfteangebots in MINT-Berufen leisten (Geis-Thöne, 2022; Geis-Thöne et al., 2025). Dies hängt jedoch maßgeblich davon ab, dass internationale Studierende nach dem Abschluss auch wirklich in Land bleiben und erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Vorqualifikation von Studierenden

Studieren über den Dritten Bildungsweg bleibt eine Ausnahme …

Die meisten Studierenden erwerben ihre Hochschulzugangsberechtigung nach wie vor auf dem schulischen Weg (**F2**). Das heißt, sie haben vor dem Studium die Hochschulreife erlangt, in den meisten Fällen das Abitur (**Tab. F3-3web**). Das Studieren über den Dritten Bildungsweg – also mit rein beruflichen Qualifikationen – ist weiterhin eine Ausnahme. Nur 3 % der Studienanfänger:innen treten mit rein beruflichen Qualifikationen und ohne Hochschulreife ins Studium ein (**Tab. F3-3web**). Überdurchschnittlich häufig studieren sie an Fachhochschulen, häufig zudem an Hochschulen in privater Trägerschaft. Fast die Hälfte studiert außerdem im Fernstudium, das sich aufgrund seiner Ortsunabhängigkeit besonders gut mit Beruf und Familie vereinbaren lässt (**Tab. F3-4web**).

… vor dem Studium abgeschlossene Berufsausbildung hingegen keine Seltenheit

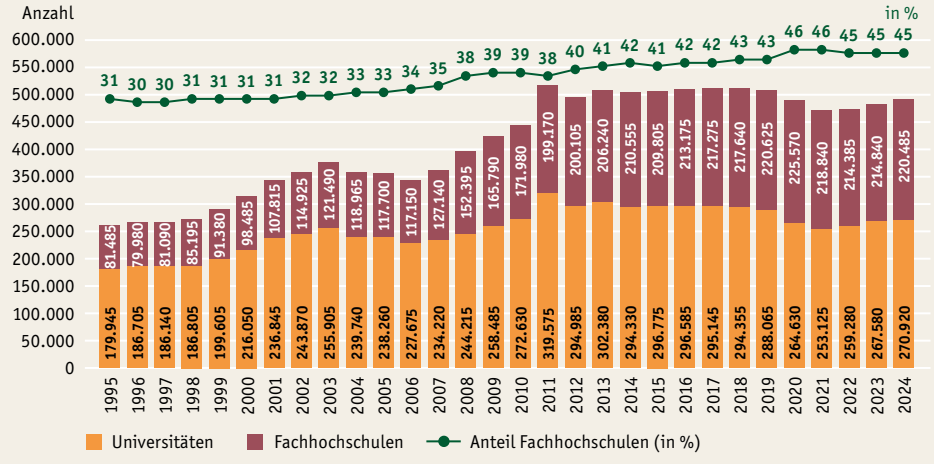
Während das Studieren mit rein beruflichen Qualifikationen weiterhin eher selten bleibt, ist es relativ verbreitet, dass Studierende nicht nur die schulische Berechtigung zur Aufnahme eines Studiums erlangen, sondern vor dem Studium auch bereits eine berufliche Ausbildung abgeschlossen haben (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2024, F2). Insbesondere bei Studienberechtigten aus sozial schwächeren Herkunftslagen ist es nicht unüblich, dass das Studium erst mit einer zuvor abgeschlossenen Berufsausbildung aufgenommen wird (**E5**).

Hochschul- und Studienfachwahl

Spezielles Fachinteresse wichtigstes Motiv bei der Studien- und Hochschulwahl

Das spezielle Fachinteresse ist mit Abstand das wichtigste Motiv bei der Studienwahl, aber auch die späteren Berufsaussichten spielen eine Rolle (Kroher et al., 2023). Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass sich Studierende bei der Wahl

Abb. F3-2: Studienanfänger:innen nach Hochschulart 1995 bis 2024 (Anzahl und in %)



Anmerkung: Studienanfänger:innen im 1. Hochschulsemester.
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik D

→ ***Tab. F3-2web, Tab. F3-5web***

ihrer Hochschule vor allem danach richten, ob diese ihre gewünschte Fachrichtung anbietet. Viele entscheiden sich dabei für eine Hochschule im selben Bundesland, in dem sie auch bereits ihre Hochschulzugangsberechtigung erlangt haben (Statistisches Bundesamt, 2022b). Wenn nicht im selben Land studiert wird, dann häufig in einem benachbarten Bundesland. Mit Blick auf die Art der Hochschule entscheidet sich inzwischen fast die Hälfte der Studienanfänger:innen für eine Fachhochschule (**Abb. F3-2**). Der Fachhochschulsektor hat vom Akademisierungsschub der 2000er-Jahre deutlich stärker profitiert als der universitäre Sektor. Einen wichtigen, wenn auch nicht alleinigen Anteil daran haben die privaten Hochschulen (**F1**). Mehr als jede:r 8. Studienanfänger:in schreibt sich inzwischen an einer Hochschule in privater Trägerschaft ein, im Fachhochschulsektor ist es sogar jede:r 4. (**Tab. F3-6web, Tab. F1-2web**).

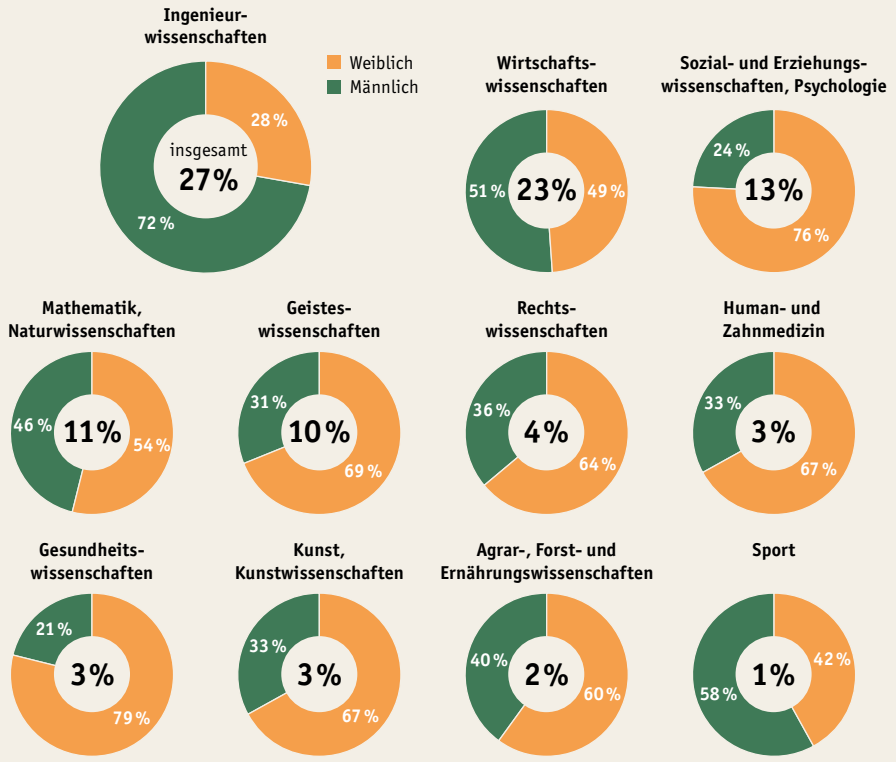
4 von 10 Studienanfänger:innen studieren ein MINT-Fach

Die Ingenieurwissenschaften sind weiterhin die am stärksten nachgefragte Studienfachrichtung (**Abb. F3-3**). Werden die Mathematik und die Naturwissenschaften dazugezählt, entscheiden sich sogar fast 40 % der Studienanfänger:innen für ein MINT-Fach. Nach den Ingenieurwissenschaften sind die Wirtschaftswissenschaften die nächstgrößere Fachrichtung. Mit einigem Abstand folgen die Sozial- und Erziehungswissenschaften sowie die Psychologie und die Geisteswissenschaften. Alle weiteren Fachrichtungen bewegen sich mit Blick auf den Anteil der Studienanfänger:innen im klar einstelligen Prozentbereich (**Abb. F3-3**).

Fortbestehende Geschlechterunterschiede bei der Fachwahl

Es bestehen weiterhin unverkennbare Geschlechterunterschiede bei der Wahl des Studienfachs (**Abb. F3-3**). Insbesondere die Ingenieurwissenschaften sind nach wie vor stark männlich dominiert. In Fächern wie den Sozial- und Erziehungswissenschaften oder der Psychologie sind hingegen überdurchschnittlich viele Frauen vertreten. Gleiches gilt für die Geistes- und Gesundheitswissenschaften. In anderen Fächergruppen ist dagegen der Geschlechteranteil nahezu ausgeglichen. Hierzu zählen neben den Wirtschaftswissenschaften auch die Mathematik und die Naturwissenschaften. Für Letztere ist dies auf den ersten Blick sehr überraschend. Hier kommt es jedoch auf das konkrete Fach an. So ist die Physik weiterhin ein Fach, das vor allem Männer studieren. Die Pharmazie und die Biologie sind hingegen Fächer mit einem hohen Frauenanteil (Statistisches Bundesamt, 2025m).

Abb. F3-3: Von Studienanfänger:innen gewählte Studienfächer inklusive Geschlechteranteilen 2024 (in %)



Lesebeispiel: Aktuell entscheiden sich 27 % der Studienanfänger:innen für ein ingenieurwissenschaftliches Studium. Von ihnen sind 28 % weiblich und 72 % männlich.
Anmerkungen: Studienanfänger:innen im 1. Hochschulsemester. Ohne sonstige Fächer und Fächer außerhalb der Studienbereichsgliederung.
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik D

→ Tab. F3-7web, Tab. F3-8web

Unschärfen in der amtlichen Statistik erschweren Prognosen zur Zahl der zu erwartenden Lehrkräfte

Die Zahl der Lehramtsstudierenden lässt sich mit den Daten der amtlichen Statistik nicht sicher abbilden. Auf diesen Punkt hatte auch bereits die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz hingewiesen (SWK, 2023). Dies erschwert Prognosen darüber, wie viele Lehrkräfte dem Bildungssystem künftig zur Verfügung stehen werden. In der amtlichen Statistik entfielen zuletzt rund 31.000 Neueinschreibungen auf ein Lehramt – weitere 13.500 Studierende haben sich auf ein Lehramt umorientiert, nachdem sie zunächst etwas anderes studiert hatten (**Tab. F3-12web**). Trotz aller Unschärfen in den amtlichen Daten steht jedoch fest: Mit der aktuellen Ausbildungsleistung der Hochschulen kann weder der gegenwärtige Bedarf an Lehrkräften noch der in den kommenden Jahren zu erwartende Bedarf gedeckt werden (SWK, 2023; KMK, 2025b; Klemm, 2025).

Auch im Lehramt dominieren heute Bachelor- und Masterstudiengänge (Hoffmann et al., 2025). In der Regel berechtigt jedoch erst der Masterabschluss zur Aufnahme des Vorbereitungsdienstes oder einer beruflichen Tätigkeit als Lehrkraft (Blömeke, 2019; Hoffmann et al., 2025). In der föderalen Struktur des deutschen Bildungswesens besteht allerdings auch das Staatsexamen fort, entweder als Mischform oder als vorwiegendes, teils auch alleiniges Angebot im Lehramtsstudium (Hoffmann et al., 2025). Die zuvor bereits bestehenden föderalen Unterschiede in der Ausbildung von Lehrkräften haben sich durch die Bologna-Reformen daher eher noch weiter verstärkt (Blömeke, 2019).

Methodische Erläuterungen

Studienanfänger:innenquote
Die Studienanfänger:innenquote gibt Auskunft darüber, wie hoch in der Bevölkerung der Anteil derjenigen ist, die ein Studium aufnehmen. Dazu wird die Zahl der Studienanfänger:innen ins Verhältnis zur altersgleichen Bevölkerung gesetzt. Bei einigen Berechnungen werden auch internationale Studienanfänger:innen berücksichtigt. Dadurch wird die Studienanfänger:innenquote jedoch künstlich nach oben verzerrt, da diese nicht Teil der zugrunde liegenden altersgleichen Bevölkerung sind. Der vorliegende Text bezieht deshalb nur Studienanfänger:innen aus Deutschland ein. In der Web-Tabelle wird der Vollständigkeit halber zusätzlich auch die Studienanfänger:innenquote ausgewiesen, die internationale Studierende berücksichtigt.

Internationale Studierende
Unter internationalen Studierenden, auch Bildungsausländer:innen genannt, werden Studierende verstanden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland oder an einem Studienkolleg in Deutschland erworben haben.

Studienverläufe

Zuletzt im Bildungsbericht 2024 als F4

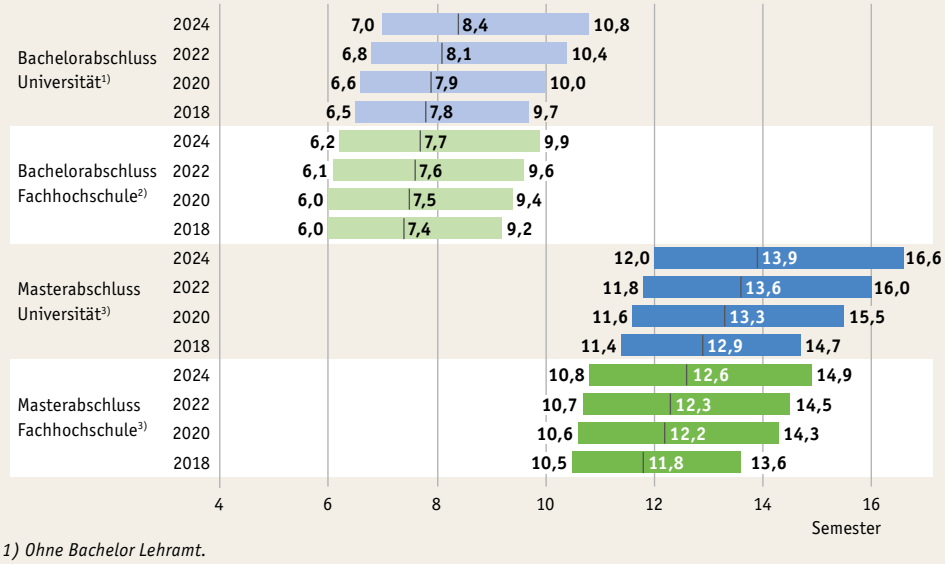
Mit den vor mehr als 25 Jahren gefassten Bologna-Beschlüssen waren in Deutschland einige Erwartungen verbunden. Dazu gehörte, dass sich die Studienzeiten deutlich verkürzen und der Bachelor zum neuen Regelabschluss für Hochschulabsolvent:innen wird (KMK, 2003). Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Die Etablierung konsekutiver Studienstrukturen hat sogar eher dazu geführt, dass Studierende heute noch länger im hochschulischen Bildungssystem verbleiben als vor den Reformen. Insbesondere an Universitäten hat sich der Bachelor nach wie vor nicht als neuer Regelabschluss durchgesetzt und die Übergangsquoten in den Master bleiben hoch. Doch auch unabhängig davon hält der seit vielen Jahren im Bildungsbericht dokumentierte Trend zu stetig länger werdenden Studienzeiten weiter an. Studierende stehen dem Arbeitsmarkt dadurch immer später zur Verfügung.

Studiendauer

Studiendauer steigt weiter an

Die Studienzeiten sind in den beiden Jahren seit dem letzten Bildungsbericht noch einmal angestiegen. Die mittlere Gesamtstudiendauer bis zum Bachelorabschluss liegt inzwischen bei 8,4 Semestern an Universitäten und 7,7 Semestern an Fachhochschulen (**Abb. F4-1**). Mit im Mittel 13,9 Semestern studieren Masterabsolvent:innen von Universitäten mittlerweile fast ein Semester länger als jene, die die Universität vor der Umstellung der Abschlüsse mit einem Diplom oder Magister verlassen haben (Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2014). Das Ausmaß des jüngsten Anstiegs

Abb. F4-1: Gesamtstudiendauer in den Prüfungsjahrgängen 2018 bis 2024 nach Abschlussart (in Semestern, Median und Quartile)



1) Ohne Bachelor Lehramt.
2) Ohne Verwaltungsfachhochschulen.
3) Gesamtstudiendauer einschließlich der 1. Studienphase (Bachelor). Ohne Lehramt Master.
Lesebeispiel: Die Hälfte der Bachelorabsolvent:innen von Universitäten des Prüfungsjahrgangs 2024 hat bis zum Abschluss des Studiums 8,4 Semester benötigt. Dieser Wert wird als Median bezeichnet. Das Viertel (bzw. Quartil) der am schnellsten studierenden Bachelorabsolvent:innen von Universitäten hat bis zu 7,0 Semester studiert, das zweite Viertel zwischen 7,0 und 8,4 Semester, das dritte Viertel zwischen 8,4 und 10,8 Semester. Das Viertel der am längsten studierenden Bachelorabsolvent:innen von Universitäten hat 10,8 und mehr Semester bis zum Abschluss des Studiums benötigt.
Anmerkungen: Die Gesamtstudiendauer erfasst, wie viele Hochschulsemester Absolvent:innen von der Ersteinschreibung bis zum erfolgreichen Abschluss ihres Studiums an deutschen Hochschulen verbracht haben. Dabei werden auch Semester berücksichtigt, die durch einen möglichen Fachwechsel entstanden sind.
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik D

→ *Tab. F4-1web*

der Studiendauern entspricht dem der Vorjahre. Es liegt also weiterhin kein Hinweis auf Studienzeitverlängerungen als Spätfolge der pandemiebedingten Einschränkungen im Lehrbetrieb der Hochschulen vor.

Abschluss innerhalb der Regelstudienzeit zunehmend die Ausnahme

Die Gründe hinter dem kontinuierlichen Anstieg der Studiendauern sind weitgehend ungeklärt. Auffällig ist aber: Immer weniger Studierende – zuletzt nicht einmal 30 % – erlangen ihren Abschluss innerhalb der Regelstudienzeit (**Tab. F4-2web**). Aus Analysen einzelner Absolvent:innenjahrgänge ist bekannt, dass umfangreiche Erwerbstätigkeiten einen studienverlängernden Einfluss haben können (Schaeper & Minks, 1997; Alesi et al., 2015; Theune, 2015; Behr & Theune, 2016). Aufgrund stark verteuerter Mieten an vielen Studienorten (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 2025; Moses Mendelsohn Institut, 2026; Voigtländer et al., 2025) könnten immer mehr Studierende auf Einkünfte aus umfangreicheren Nebenjobs angewiesen sein, um ihr Studium zu finanzieren – mit entsprechenden Folgen für die Studiendauer. Die Daten des Mikrozensus (D), der Bevölkerungsstatistik des Statistischen Bundesamts und der Bundesagentur für Arbeit deuten dies auch an: Der Anteil teilzeiterwerbstätiger Personen mit Abitur und ohne Ausbildungsabschluss im Alter zwischen 20 und 24 Jahren ist in den letzten 10 Jahren sichtbar angestiegen – laut den Autoren sehr wahrscheinlich bedingt durch eine Zunahme studentischer Nebenerwerbstätigkeit (Hellwagner & Weber, 2025). Erst mit einer integrierten Bildungsverlaufs- und Erwerbsstatistik ließe sich jedoch klären, ob sich Erwerbstätigkeiten tatsächlich studienzeitverlängernd auswirken. Auch die veränderte Komposition der Studierenden könnte einen Anteil am Anstieg der Studiendauern haben. Immer mehr Studierende stammen nämlich aus Akademiker:innenfamilien (Kroher et al., 2023). Diese haben im Vergleich zu Studierenden aus sozial schwächeren Herkunftslagen in der Regel weniger finanziellen Druck, ihr Studium schnell abschließen zu müssen.

Übergang ins Masterstudium

Masterquote leicht gesunken – an Universitäten bleibt der Master aber der Regelabschluss

Nach wie vor nehmen viele Studierende nach dem Abschluss des Bachelorstudiums ein Masterstudium auf. Die seit 2018 stabile Übergangsquote von rund 45 % (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2024) ist zuletzt aber leicht gesunken und liegt im Prüfungsjahr 2022 bei 42 % (**Tab. F4-3web**). Der leichte Rückgang betrifft Universitäten und Fachhochschulen gleichermaßen. Insbesondere an Universitäten ist die Übergangsquote ins Masterstudium aber immer noch hoch: Dort beginnen knapp 2 von 3 Bachelorabsolvent:innen innerhalb von 3 Semestern ein Masterstudium. An Universitäten ist der Bachelorabschluss also weiterhin nicht der Regelabschluss (**F5**). Anders sieht es an Fachhochschulen aus: Dort nimmt weniger als eine:r von 3 Bachelorabsolvent:innen innerhalb von 3 Semestern ein Masterstudium auf.

Ein möglicher Grund für den leichten Rückgang könnte der zwischenzeitlich konstatierte Fachkräftemangel sein (Fuchs et al., 2021; Müller & Volk, 2023). Dieser könnte Arbeitgeber:innen veranlasst haben, stärker als bisher auch Bachelorabsolvent:innen einzustellen. Diese Frage wurde für Deutschland zwar noch nicht untersucht, jedoch haben Ulvestad und Skjelbred (2023) kürzlich für Norwegen aufzeigen können, dass es einen kausalen Zusammenhang zwischen der allgemeinen Arbeitsmarktlage und der Übertrittsquote in den Master gibt. Bei einer angespannten Arbeitsmarktlage entschieden sich mehr Bachelorabsolvent:innen dafür, ein Masterstudium aufzunehmen, als in Phasen, in denen die Arbeitsmarktlage gut war.

Masterquote in Naturwissenschaften ungebrochen hoch – Rückgang in den Ingenieurwissenschaften

Ungebrochen hoch sind die Übergangsquoten außerdem dort, wo für die Ausübung des Berufes ein höherer Abschluss in der Regel erforderlich und der Bachelor nur ein Zwischenschritt ist. Dazu gehören die Naturwissenschaften mit einer nach wie vor hohen Übergangsquote von knapp 80 % (**Tab. F4-3web**) – hier ist häufig sogar erst die Promotion der Regelabschluss (Konsortium BuWiN, 2021). Auch die Geisteswis-

senschaften gehören dazu, wo unverändert zwei Drittel aller Bachelorabsolvent:innen ein Masterstudium aufnehmen (**Tab. F4-3web**). Hier spielt auch das Lehramt eine große Rolle, das für den Eintritt in den Beruf in der Regel einen Masterabschluss voraussetzt (Lörz et al., 2019). Im Lehramt nehmen mehr als 8 von 10 Bachelorabsolvent:innen ein Masterstudium auf (Hoffmann et al., 2025). Merklich gesunken sind die Übergangsquoten hingegen in Fachrichtungen, in denen formale Abschlussniveaus für den Berufszugang eine geringere Rolle spielen und Arbeitgeber:innen ihre Personalauswahl stärker an Angebot und Nachfrage ausrichten. Dies betrifft vor allem die Ingenieurwissenschaften sowie die Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften. Dort liegen die Quoten bei rund 48 % (Ingenieurwissenschaften) bzw. 45 % (Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften) (**Tab. F4-3web**).

Hochschulwechsel zum Masterstudium leicht gesunken

Zwar wurde mit der Einführung mehrstufiger Studienstrukturen die Mobilität zwischen Hochschulen erleichtert. Bereits der vorangegangene Bildungsbericht zeigte aber, dass die allermeisten Bachelorabsolvent:innen für das Masterstudium an derselben Hochschule bleiben (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2024). Haben seit 2017 jährlich mindestens 26 % aller Masteranfänger:innen zum Masterstudium die Hochschule gewechselt, ist dieser Wert zum Wintersemester 2023/24 um 4 Prozentpunkte gesunken und liegt nun nur noch bei 22 % (Statistisches Bundesamt, 2025l). Auch hier könnten die an vielen Studienstandorten gestiegenen Wohnkosten ein möglicher Grund sein: Studierende, die ihre Wohnung wechseln, sind nämlich am stärksten von steigenden Mieten betroffen (Meier et al., 2023). Dies könnte Studierende zunehmend darin hindern, mit Übertritt in den Master die Hochschule und damit sehr wahrscheinlich auch den Wohnort zu wechseln. Wird die Hochschule für das Masterstudium gewechselt, bleiben annähernd 3 von 4 Wechsler:innen an einer Einrichtung der gleichen Hochschulart, also an einer Fachhochschule oder einer Universität (Statistisches Bundesamt, 2025l).

Studiengangs-, Fach- und Abschlussartwechsel

Bis zum 5. Fachsemester wechseln 13 % den Studiengang

Studierende können ihre ursprüngliche Studienwahl wieder revidieren – sei es durch einen Wechsel des Studiengangs oder sogar des Fachs. Auch können sie die Abschlussart wechseln. Im Gesamtbild zeigen die bisher vorliegenden Ergebnisse der neuen Studienverlaufsstatistik D, dass die meisten Studierenden bei ihrer ursprünglich getroffenen Studienwahl bleiben. Bis zum 3. Fachsemester wechseln nur etwa 9 % der Studierenden den Studiengang; bis zum 5. Fachsemester steigt der Anteil auf rund 13 % an (Statistisches Bundesamt, 2025l). Besonders häufig sind Studiengangswechsel bei Studierenden der Geisteswissenschaften, der Mathematik und der Naturwissenschaften, aber auch in den Ingenieurwissenschaften (Statistisches Bundesamt, 2025l).

Die Gründe für einen Fachwechsel können vielfältig sein. Auch hier ist die Studienlage noch sehr begrenzt. Eine Ausnahme stellt die Untersuchung von Meyer et al. (2022) dar. Sie zeigt, dass Studierende, die nicht ihr Wunschfach studieren, häufiger das Fach wechseln. Gleiches gilt für Studierende mit eher schwachen schulischen Leistungen. Auch die fachlichen Präferenzen der Eltern und Freund:innen spielten eine Rolle. Hinzu kamen Zusammenhänge mit soziodemografischen Merkmalen: Männer, Studierende aus nichtakademischem Elternhaus sowie Studierende mit eigenen oder familialen Wurzeln außerhalb Deutschlands wechseln seltener das Fach. Unberücksichtigt blieben in der Studie von Meyer et al. (2022) allerdings die Studienfächer. Deshalb ist unklar, ob diese soziodemografischen Unterschiede nicht eigentlich verdeckte Fächerunterschiede sind. Insgesamt wenig Anlass für einen Wechsel scheinen zudem Studierende an Fachhochschulen und jene mit Abschlussziel Staatsexamen zu haben (Kroher et al., 2023). Unter Letzteren befinden sich auch Lehramtsstudierende – eine Gruppe, die auch unabhängig von der Abschlussart ihrer

Lehramtsstudierende wechseln nur selten in ein Nichtlehramtsstudium

getroffenen Wahl in der Regel treu bleibt. In einer kürzlich von Hoffmann et al. (2025) vorgelegten Analyse wechselten gerade einmal 5 % der Lehramtsstudierenden in ein Nichtlehramtsstudium.

Studienabbruch

Etwa 12 % der Bachelorstudierenden brechen bis zum 3. Semester das Studium ab

Nicht jeder Eintritt in ein Studium mündet auch in einen Abschluss. Geschätzt verlässt etwa ein Viertel aller Studierenden die Hochschule ohne Abschluss – an Universitäten mehr als an Fachhochschulen, im Bachelorstudium mehr als im Masterstudium (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2024). Neuere Zahlen als im letzten Bildungsbericht veröffentlicht liegen nicht vor. Grund ist, dass das zugrunde liegende Quasi-Kohorten-Verfahren zur Schätzung der Abbruchquoten eingestellt und durch Berechnungen auf Basis der neuen Studienverlaufsstatistik D ersetzt wurde. Diese reicht allerdings noch nicht weit genug zurück, um Abbrüche in Gänze zu erfassen. Zu Abbrüchen bis zum 3. Semester liegen aber mittlerweile Ergebnisse für 3 Studienanfänger:innenkohorten vor. Demnach brechen insgesamt etwa 12 % der Bachelorstudierenden ihr Studium bis zum 3. Semester wieder ab (Statistisches Bundesamt, 2025l).

Bei Lehramtsstudierenden liegt die frühe Abbruchquote nur bei 8 %

Unterdurchschnittliche Abbruchquoten weisen Lehramtsstudiengänge auf: Hier verließen nur rund 8 % der Studienanfänger:innen in den ersten 3 Semestern ihr Lehramtsstudium ohne Abschluss (Hoffmann et al., 2025). Nach Hochschulart und Fachrichtung differenzierte Abbruchquoten werden vom Statistischen Bundesamt bislang nur in Bezug auf das 1. Fachsemester berechnet. An Universitäten ist die Abbruchquote höher als an Fachhochschulen (15 vs. 12 %). Überdurchschnittlich hoch ist das Abbruchrisiko mit 15 bis 19 % außerdem in den Naturwissenschaften und der Mathematik, den Geisteswissenschaften sowie den Ingenieurwissenschaften (Statistisches Bundesamt, 2025l). Während für Abbrecher:innen insgesamt aus der Forschung bekannt ist, was sie nach ihrem Studienabbruch machen – zu großen Teilen eine berufliche Ausbildung (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2024) –, besteht bei Lehramtsabbrecher:innen diesbezüglich noch Forschungsbedarf. Erste Analysen deuten aber darauf hin, dass die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung in dieser Gruppe nur einen eher geringeren Stellenwert einnimmt (Franz & Schindler, 2024). Auch in dieser Frage könnte eine integrierte Bildungsverlaufs- und Erwerbsstatistik wertvolle Antworten liefern.

Internationale Studierendenmobilität

Immer weniger Studierende gehen ins Ausland – zuletzt nur knapp 20 %

Ein temporärer – also nicht auf einen Abschluss zielender – studienbezogener Auslandsaufenthalt ist mehr denn je die Ausnahme als die Regel. Gründe gegen einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt sind vor allem die erwartete finanzielle Mehrbelastung und ein hoher Organisationsaufwand (Kroher et al., 2023). Ersteres hält insbesondere Studierende aus Nichtakademiker:innenfamilien davon ab, ins Ausland zu gehen (Netz & Völk, 2023). Zuletzt hatte nur knapp ein Fünftel aller Studierenden in höheren Semestern einen Auslandsaufenthalt absolviert[3] (Kroher et al., 2023). 10 Jahre zuvor war es noch gut ein Viertel. Zwar kamen in der Corona-Pandemie kurzzeitig weniger Studierende aus dem Ausland nach Deutschland (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2024). Ein Pandemie-Einfluss auf die Auslandsmobilität inländischer Studierender war hingegen nicht zu beobachten (Netz & Völk, 2023). Vielmehr setzt sich ein Trend sinkender Mobilitätsquoten fort.

3 *Bezugsgruppe: An einer deutschen Hochschule eingeschriebene Studierende mit mindestens 6 Hochschulsemestern; ohne internationale Studierende.*

Studienabschlüsse und beruflicher Verbleib von Absolvent:innen

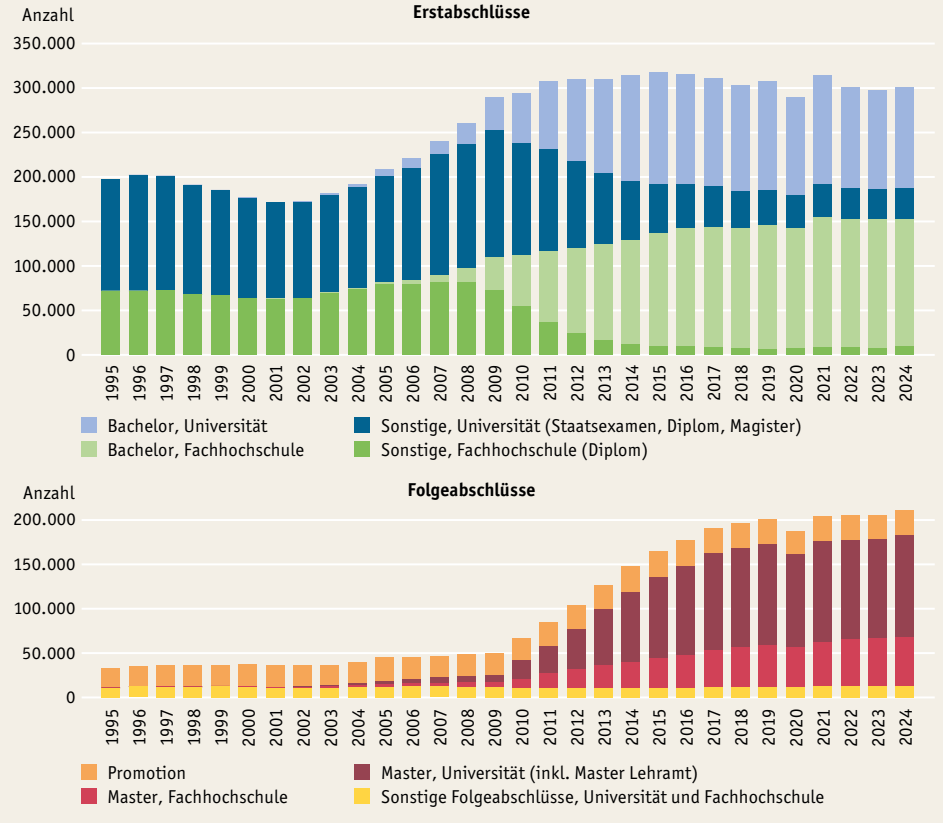
Zuletzt im Bildungsbericht 2024 als F5

Die Akademiker:innenquote ist deutlich gestiegen: Unter den 30- bis 34-Jährigen hat inzwischen jede:r 3. ein Hochschulstudium abgeschlossen – bei den 50- bis 54-Jährigen ist es nur jede:r 4. (**B5**). Auch am Arbeitsmarkt bleibt die Nachfrage nach akademisch qualifizierten Fachkräften hoch (Bundesagentur für Arbeit, 2025c). In Zeiten des demografischen Wandels stellen internationale Studierende daher ein zunehmend wichtiges Fachkräftepotenzial dar – vorausgesetzt, es gelingt, sie nach Abschluss ihres Studiums im Land zu halten und erfolgreich in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren. Aktuell weist das Hochschulsystem eine positive Nettozuwanderung auf – das heißt, es kommen mehr internationale Studierende nach Deutschland, als Studierende aus Deutschland ins Ausland gehen. Viele internationale Studierende studieren ein MINT-Fach und werden somit in Bereichen ausgebildet, in denen die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt besonders hoch ist.

Studienabschlüsse

Im Jahr 2024 wurden in Deutschland rund 511.000 Studienabschlüsse erworben, davon etwas mehr als 301.000 Erstabschlüsse und etwa 210.000 Folgeabschlüsse (**Tab. F5-1web**). Fachhochschulen und Universitäten unterscheiden sich heute nicht mehr in der Zahl der dort erworbenen Erstabschlüsse (**Abb. F5-1**). Knapp die Hälfte

Abb. F5-1: Zahl der Hochschulabsolvent:innen mit Erst- und Folgeabschluss 1995 bis 2024



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik D

→ *Tab. F5-4web*

F 5

Bachelor an Universitäten immer noch nicht der neue Regelabschluss

aller Erstabschlüsse wird inzwischen an Fachhochschulen erlangt. Damit ist ihr Anteil im Vergleich zu 2000 um etwa 15 Prozentpunkte gestiegen (**Tab. F5-2web**). Der Bachelorabschluss hat sich an Universitäten weiterhin nicht als Regelabschluss für den Eintritt in den Arbeitsmarkt durchgesetzt. Anders als an Fachhochschulen schließen dort die meisten Bachelorabsolvent:innen ein Masterstudium an (**F4**) und treten erst mit dem Masterabschluss in den Arbeitsmarkt ein. Drei Viertel aller Masterabschlüsse werden deshalb an Universitäten erlangt, nur ein Viertel an Fachhochschulen (**Tab. F5-4web**).

Die Verteilung der Erstabschlüsse nach Studienfächern zeigt eine hohe zeitliche Stabilität und entspricht weitgehend dem bereits beobachteten Bild bei den Studienanfänger:innen (**F3**). Auch die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Fachwahl spiegeln sich bei den Abschlüssen wider: In den Ingenieurwissenschaften wird nur etwa jeder 4. Abschluss von einer Frau erworben, während in den Geisteswissenschaften sowie der Medizin und den Gesundheitswissenschaften gut 3 von 4 Abschlüssen auf Frauen entfallen (**Tab. F5-2web**; Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2022, F5). Dass sich die Bedeutung einzelner Studienfächer zwischen Erst- und weiterführenden Abschlüssen unterscheidet (**Tab. F5-2web, Tab. F5-5web**), ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Masterübergangsquote abhängig vom Fach stark variiert (**F4**).

Gewachsene Bedeutung privater Hochschulen auch an den Abschlüssen sichtbar

Der gewachsene Stellenwert privater Hochschulen (**F1**) ist auch bei den Studienabschlüssen erkennbar. Inzwischen werden rund 13 % der Studienabschlüsse an einer privaten Hochschule erlangt (**Tab. F5-3web**). Besonders hoch ist ihr Anteil im Fachhochschulsektor, in dem private Hochschulen in den 2000er-Jahren vor allem Fuß gefasst haben (**F1**). Dort entfallen mittlerweile 24 % der Erstabschlüsse und 31 % der Masterabschlüsse auf private Fachhochschulen. Im universitären Bereich bleibt die Rolle privater Hochschulen hingegen weiterhin gering. Hier werden lediglich 3 % der Bachelor- und 4 % der Masterabschlüsse an privaten Universitäten erlangt.

Internationale Studierende

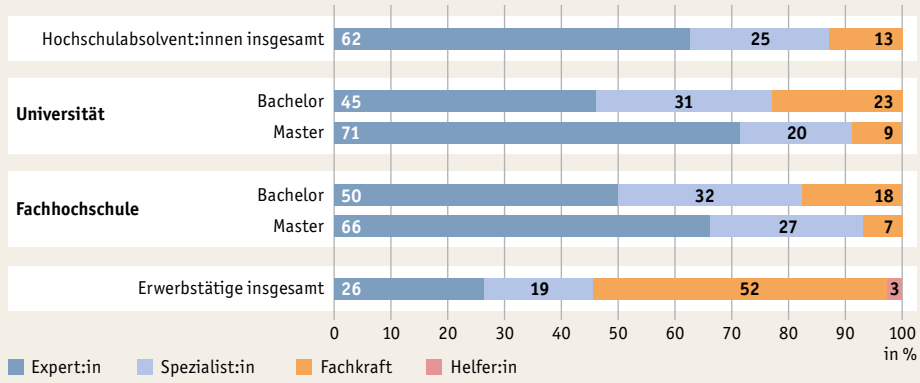
Positive Nettozuwanderung im hochschulischen Bildungssystem

Bei Verbleib im Land können internationale Studierende einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung und wirtschaftlichen Entwicklung leisten (Geis-Thöne, 2022; Geis-Thöne et al., 2025; Völk, et al., 2026; Weißmann & Eberle, 2023). Aktuell weist das hochschulische Bildungssystem eine positive Nettozuwanderung auf. Zuletzt studierten in Deutschland rund 400.000 Studierende aus dem Ausland (**F4**), aber nur 139.000 Studierende waren aus Deutschland ins Ausland gegangen (Netz et al., 2025). Immer mehr internationale Studierende kommen außerdem mit dem Ziel nach Deutschland, auch ihren Studienabschluss hier zu erwerben und anschließend im Land zu arbeiten (Kerst & Meier, 2025). Inzwischen werden 7 % aller Bachelorabschlüsse, 23 % aller Masterabschlüsse und 21 % aller Promotionen von internationalen Studierenden erlangt. Besonders hoch ist ihr Anteil in den Ingenieurwissenschaften. Dort entfällt heute fast jede:r 3. Masterabschluss und jede 4. Promotion auf Studierende aus dem Ausland. In den Naturwissenschaften, in denen häufig sogar erst die Promotion der Regelabschluss ist (Konsortium BuWiN, 2021), liegt ihr Anteil bei den Promotionen sogar bei gut 30 % (Kerst & Meier, 2025).

Beruflicher Verbleib von Hochschulabsolvent:innen

Der Abschluss eines Studiums geht in der Regel mit höheren Erträgen am Arbeitsmarkt einher. Im Vergleich zu anderen Bildungsgruppen erzielen Hochschulabsolvent:innen deutlich höhere Einkommen und sind häufiger in leitenden Positionen tätig (Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2018, Ordemann & Pfeiffer, 2022). Auch die Arbeitslosenquote ist niedriger, wenngleich zuletzt ein leichter Anstieg zu beobachten war.

Abb. F5-2: Anforderungsniveau der von 25- bis unter 35-jährigen Hochschulabsolvent:innen ausgeübten Berufe 2024 nach Abschluss- und Hochschulart (in %)



Anmerkungen: Ohne Personen, die nach dem Bachelorabschluss weiterstudieren und studienbegleitend erwerbstätig sind. Fachhochschulen ohne Verwaltungsfachhochschulen. Abweichungen von 100 % bedingt durch Rundungen.
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus D

→ *Tab. F5-7web*

Mit 3,3% ist sie jedoch immer noch deutlich niedriger als in anderen Bildungsgruppen (Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2025). Den meisten Hochschulabsolvent:innen gelingt außerdem eine berufliche Platzierung, die ihrem Bildungsniveau entspricht. Dies lässt sich mit den Daten des Mikrozensus D über das Anforderungsniveau der ausgeübten Berufe G abbilden. Hochschulabsolvent:innen gelten dann als adäquat beschäftigt, wenn sie Tätigkeiten auf Spezialist:innen- oder, insbesondere bei Masterabschlüssen, auf Expert:innen-Niveau ausüben. Eine Tätigkeit auf Fachkraft- oder Helfer:innen-Niveau gilt hingegen als inadäquate Beschäftigung (Reichelt & Vicari, 2014).

Hohe Stabilität bei bildungsadäquater Beschäftigung

Ohne weitere Differenzierung der Abschlussart sind 87 % der 25- bis 34-jährigen Hochschulabsolvent:innen bildungsadäquat beschäftigt (**Abb. F5-2**). Dieser Wert erweist sich im Bildungsbericht seit vielen Jahren als sehr stabil. Es gibt diesbezüglich jedoch erkennbare Geschlechterunterschiede (**Tab. F5-7web**). Zwar sind auch die meisten Hochschulabsolventinnen ihrem Bildungsniveau entsprechend beschäftigt, im Vergleich zu Männern jedoch seltener. In Teilen ist dies auch darauf zurückzuführen, dass Frauen und Männer nach wie vor sehr unterschiedliche Fächer studieren (**F3**). Wissenschaftliche Untersuchungen haben allerdings gezeigt, dass diese Unterschiede auch dann fortbestehen, wenn die geschlechtsspezifisch sehr unterschiedliche Fach- und Berufswahl berücksichtigt wird (Santiago-Vela & Mergener, 2022; Kracke, 2016).

Perspektiven

Nach vielen Jahrzehnten des nur sehr schleppenden Wachstums hat Deutschland in den 2000er-Jahren eine rasant beschleunigte Beteiligung an der Hochschulbildung erlebt. Innerhalb weniger Jahre stieg die Zahl der Studienanfänger:innen geradezu sprunghaft an und die Hochschulen hatten in sehr kurzer Zeit eine stark gestiegene Studiennachfrage zu bewältigen (**F3**). 2011, dem Jahr des bisherigen Höchststands, nahm das Hochschulsystem 200.000 Studienanfänger:innen mehr auf als noch vor der Jahrtausendwende – ein Zuwachs von mehr als 60 %. Begleitet war die stark gestiegene Studiennachfrage davon, dass die Hochschulen ihr Bildungs- und Studienangebot immer weiter ausgebaut und ausdifferenziert haben (**F1**). Inzwischen gibt es in Deutschland mehr als 22.400 Studiengänge und das Wachstum in der Zahl der Studiengänge setzt sich immer weiter fort. Von der nur schwer überschaubaren Vielzahl an Möglichkeiten fühlen sich nicht nur immer mehr Studienberechtigte überfordert (**F1**), auch die Hochschulen stellt der erreichte Ausdifferenzierungsgrad vor zunehmende Herausforderungen.

Denn der demografische Wandel hat inzwischen auch die Hochschulen erreicht. Die Studiennachfrage stagniert bereits seit mehreren Jahren – die inländische Studiennachfrage war sogar eher rückläufig (**F3**). Ohne die anhaltend hohe Nachfrage aus dem Ausland hätten insbesondere die Universitäten bereits deutlichere Rückgänge zu verzeichnen gehabt. Der von der Kultusministerkonferenz für die kommenden Jahre prognostizierte Wiederanstieg der Studienanfänger:innenzahlen dürfte nur eine kurzfristige Entspannung bringen. Er resultiert nämlich vor allem daraus, dass die wenigen geburtenstärkeren Jahrgänge bald die Schule verlassen werden. Danach werden sich die Folgen des demografischen Wandels für die Hochschulen wieder bemerkbar machen. Aus einer Steuerungsperspektive ist eine ungelöste Frage, wie das Hochschulsystem mit diesen Entwicklungen nachhaltig umgehen kann. Eine koordinierte, über einzelne Hochschulen und Bundeslandgrenzen hinausgehende Strategie fehlt bislang – ein Punkt, auf den 2024 auch der Vorsitzende des Wissenschaftsrats kritisch hingewiesen hatte. Um keine flächendeckende Abschaffung spezialisierter, aber benötigter Studienangebote oder der sogenannten Kleinen Fächer zu riskieren, wird eine gute Balance zwischen der Autonomie der Hochschulen und einer koordinierten, zielgerichteten Gesamtstrategie erforderlich sein.

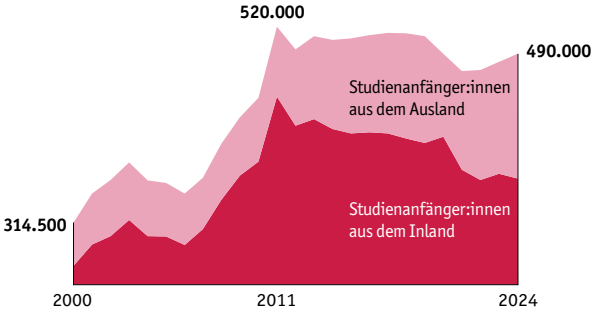
27 Jahre nach den Bologna-Beschlüssen fällt die Bilanz eher kritisch aus. Die von einigen geäußerte Befürchtung, Bachelorabsolvent:innen könnten auf dem deutschen Arbeitsmarkt nur schwer Fuß fassen, hat sich zwar nicht bewahrheitet (**F5**). Die erhoffte Verkürzung der Studienzeiten hat sich aber auch nicht eingestellt (**F4**). Ganz im Gegenteil sogar: Die Einführung konsekutiver Studienstrukturen hat dazu geführt, dass Studierende heute deutlich länger bis zum Abschluss ihres Studiums brauchen (**F3**, **F4**). Denn viele Studierende – insbesondere an Universitäten – schließen an den Bachelor ein Folgestudium an und treten erst mit dem Masterabschluss in den Arbeitsmarkt ein (**F4**, **F5**). Dies ist auch der Hauptgrund für den starken Anstieg der Studierendenzahl (**F3**). Die Tatsache, dass es heute 1 Million Studierende mehr gibt, ist weniger darauf zurückzuführen, dass deutlich mehr Menschen an der Hochschulbildung partizipieren. Vielmehr liegt es daran, dass sich die Verweildauer in der Hochschulbildung durch die hohe Übertrittsquote in den Master verlängert hat. Zusätzlich verstärkt wird dies dadurch, dass sich die Studienzeiten sowohl im Bachelor- als auch im Masterstudium immer weiter erhöhen (**F4**). Zuletzt schafften es nicht einmal 30 % der Studierenden, ihr Studium innerhalb der Regelstudienzeit abzuschließen. Es ist also eher die Ausnahme als die Regel, innerhalb der Regelstudienzeit zu studieren. All dies trägt dazu bei, dass Hochschulabsolvent:innen dem Arbeitsmarkt immer später zur Verfügung stehen und die bereits jetzt spürbaren Auswirkungen des demografischen Wandels weiter verstärkt werden.

Neben der Ausbildung junger Erwachsener haben Hochschulen auch einen weiterbildenden Auftrag. Bereits der Wissenschaftsrat (2019, S. 36) hat darauf hingewiesen, dass sich die Hochschulen „zunehmend darauf einstellen [müssen], dass ein Studium nicht nur zu Beginn des Erwerbslebens absolviert wird, sondern eine Inanspruchnahme von Studienangeboten während des gesamten Berufslebens sinnvoll und notwendig ist". Bislang ist die Öffnung der Hochschulbildung gegenüber der beruflichen Bildung und der Weiterbildung jedoch vor allem über die privaten Hochschulen gelungen. Diese haben sich in den 2000er-Jahren als eine Art komplementäre Erweiterung zum staatlichen Hochschulsystem herausgebildet, indem sie

Im Überblick

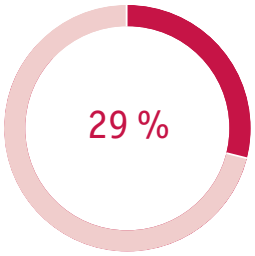
Seit 2011 Rückgang der inländischen Studiennachfrage – Studiennachfrage aus dem Ausland ist wichtiger geworden (F3)

Zahl der Studienanfänger:innen



Internationale Studierende als wichtiges Fachkräftepotenzial (F5)

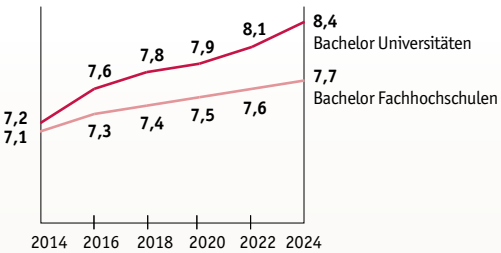
In MINT-Fächern entfallen



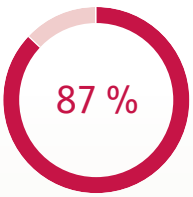
aller Masterabschlüsse und Promotionen auf internationale Studierende

Studiendauer steigt erneut an: Eintritt in den Arbeitsmarkt verschiebt sich immer weiter nach hinten (F4)

Mittlere Gesamtstudiendauer (in Semestern)



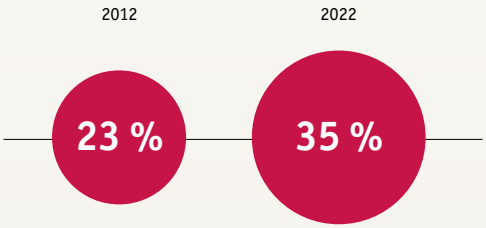
Das weiterbildend orientierte Fernstudium konzentriert sich nach wie vor auf einige wenige Hochschulen (F1)



... aller Fernstudierenden verteilen sich auf nur 20 Hochschulen – abgesehen von der Fernuniversität Hagen nahezu ausnahmslos in privater Trägerschaft

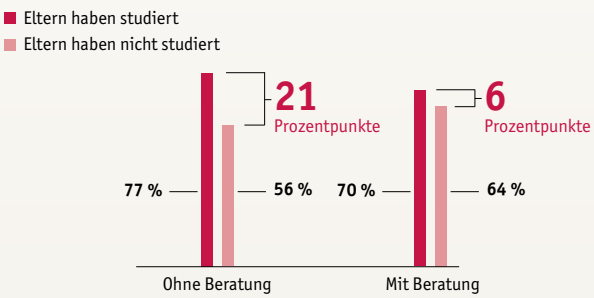
Immer mehr Studienberechtigte fühlen sich über ihre nachschulischen Bildungsoptionen nur unzureichend informiert (F1)

Anteil derer, die sich nur unzureichend informiert fühlen



Individuelle Beratung kann helfen, Bildungsungleichheiten zu verringern (F2)

Studierwahrscheinlichkeit von Abiturient:innen: Effekt individueller Beratungsangebote



F

sehr gezielt Studienangebote für jene Personengruppen geschaffen haben, für die es in der deutschen Hochschullandschaft lange kein ausreichendes oder passendes Angebot gab (**F1**). Hierzu gehört insbesondere das weiterbildend orientierte Studium parallel zu einer fortgesetzten Tätigkeit in einem erlernten Beruf. Die meisten staatlichen Hochschulen, allen voran die Universitäten, sind hingegen weiterhin vor allem Orte der beruflichen Erstqualifizierung junger Erwachsener. Dies hat jedoch auch wettbewerbsrechtliche Gründe, für die es bislang keine ausreichenden Lösungsansätze gibt.

Die Entwicklungen im privaten Hochschulsektor sind nach wie vor sehr dynamisch. Er baut sein Studienangebot stetig weiter aus und hat sich in den vergangenen Jahren neben seinem traditionellen Hauptbetätigungsfeld, den Wirtschaftswissenschaften, zusätzlich weitere Ausbildungsbereiche erschlossen (**F1**). Insgesamt ist der private Hochschulsektor noch nicht gut erforscht. Auf viele bildungspolitisch drängende Fragen, die mit der Privatisierung einhergehen, gibt es deshalb noch keine belastbaren Antworten. Hierzu gehören Fragen zur Studienqualität ebenso wie zur Verwertbarkeit und Anschlussfähigkeit der Abschlüsse, die von privaten Hochschulen verliehen werden.

Mit der Öffnung der Hochschulbildung gegenüber der beruflichen Bildung ergeben sich teilweise auch neue Steuerungsfragen. Hierzu zählen beispielsweise mögliche Nachsteuerungsbedarfe im Dualen Studium. Zwar ist die Datenlage auch hier begrenzt, jedoch scheint im Dualen Studium vor allem das praxisintegrierende Modell zu dominieren (**F1**). Anders als die anderen Modelle im Dualen Studium unterliegt das praxisintegrierende Modell *nicht* dem Berufsbildungsgesetz, das im vornehmlich beruflich organisierten deutschen Arbeitsmarkt die Vergleichbarkeit und Standardisierung beruflicher Ausbildungsinhalte und -abschlüsse regelt und sicherstellt.

Das diesjährige Schwerpunktthema des Bildungsberichts befasst sich mit sozialer Ungleichheit (vgl. **H**). Wie in allen Bildungsbereichen bestehen auch beim Zugang zur Hochschulbildung mit der sozialen Herkunft verbundene Ungleichheiten fort (**F2**). Selbst bei den Schüler:innen, die es erfolgreich bis zur Hochschulreife schaffen, macht die soziale Herkunft nach wie vor einen großen Unterschied. Die empirische Bildungsforschung hat durch die infolge des großen PISA-Schocks entstandenen Längsschnittstudien heute jedoch ein weit besseres Verständnis davon, wie sich diese Ungleichheiten formieren. Unmittelbar damit verbunden ist, dass die Forschung heute besser dazu in der Lage ist, der Bildungspolitik steuerungsrelevantes Wissen darüber zur Verfügung zu stellen, wie sich die Ungleichheiten in der Bildung bearbeiten ließen.

Für den Übergang ins Studium lässt sich festhalten, dass die herkunftsspezifischen Unterschiede – anders als an vorangegangenen Gelenkstellen des Bildungssystems – nur noch wenig mit Leistungsunterschieden zu tun haben (**F2**). Vielmehr werden nachschulische Bildungsentscheidungen je nach sozialer Herkunft sehr unterschiedlich getroffen. Dass sich hier mit besseren Informationen und Beratungsangeboten bildungspolitisch ansetzen lässt, zeigen wissenschaftliche Interventionsstudien (**F2**). So reichte in einer in Berlin durchgeführten Studie bereits ein 20-minütiger Informationsworkshop aus, um die Studierwahrscheinlichkeit von Schüler:innen aus Nichtakademiker:innenfamilien deutlich zu erhöhen (Ehlert et al., 2017; Peter et al., 2018, 2021). In Nordrhein-Westfalen erzielten individuelle Beratungsangebote eindrückliche Effekte. Dadurch verringerten sich die Unterschiede in der Studierwahrscheinlichkeit von Kindern aus studierten und nichtstudierten Elternhäusern von 21 auf nur noch 6 Prozentpunkte (Erdmann et al., 2022). Auch die Regelungen des BAföG – des wohl wichtigsten bildungspolitischen Instruments, um das Studieren unabhängig(er) von den finanziellen Möglichkeiten der Familien zu machen – scheinen nicht klar genug zu sein. Dies führt dazu, dass trotz Anspruch häufig kein BAföG beantragt wird (Riedmiller & Strobl, 2025). Hier reichten in einer neuen wissenschaftlichen Studie ebenfalls wenige gut aufbereitete Informationen aus, damit mehr anspruchsberechtigte Studierende BAföG beantragten (Riedmiller, 2025).